

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gespalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaist. 7 2. St. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

### Versicherungspflicht und Befreiung von der Versicherung nach dem Reichs-Knappschafts-Gesetz.

Unseren Mitgliedern ist durch die verschiedensten Artikel im "Proletarier" bekannt, daß um die Änderung des Reichs-Knappschafts-Gesetzes und vor allem um den Kreis der Versicherten schwer gestritten wurde. Trotz der zahlreichen Anträge und der umfangreichen Beratungen ist eine nennenswerte Änderung nur für die Salinen und die Betriebe der Steine und Erden eingetreten. Im allgemeinen ist an dem Kreis der Versicherungspflichtigen nichts geändert worden.

Arbeiter und Angestellte in knappschaftlichen Betrieben sind versicherungspflichtig. Es sind dies solche Betriebe, die Mineralien oder ähnliche Stoffe bergmännisch gewinnen. Als knappschaftliche Betriebe gelten auch Betriebsanstalten oder Gewerbeanlagen, die als Nebenbetriebe räumlich und betrieblich mit knappschaftlichen Betrieben zusammenhängen. Durch diese letztere Bestimmung werden viele Arbeiter, die mit bergmännischen Arbeiten absolut nichts zu tun oder gemein haben, in die knappschaftliche Versicherung hineingezwängt.

Um diese Beschwerden zu mildern, wurde von unseren Verbandsvertretern eine Beschränkung des Kreises der Versicherten verlangt. Am bestigsten wurde um die Versicherungspflicht der Betriebe der Steine und Erden gestritten. Nach den neuen Bestimmungen sind diese Betriebe nicht mehr versicherungspflichtig, wenn sie nicht vorwiegend unterirdisch betrieben werden. Ist die Mehrzahl der Arbeiter über Tage beschäftigt, dann scheiden sie von dem Gesetze wegen aus. Immerhin wird es notwendig sein, daß sich die Organisationsvertreter und die Betriebsvertreter mit dem zuständigen Knappschaftsverein in Verbindung setzen, um das Ausscheiden baldigst in die Wege zu leiten.

Die Betriebe der Steine und Erden, die überwiegend unterirdisch betrieben werden, oder die räumlich und betrieblich mit knappschaftlichen Betrieben zusammenhängen, können auch nach dem neuen § 2 b befreit werden. Es ist hierzu ein gemeinsamer Antrag des Arbeitgebers und der Mehrheit der berechtigten Arbeitnehmer, die hierüber in geheimer Abstimmung zu beschließen haben, notwendig. Der Reichsarbeitsminister entscheidet über diesen Antrag nach Anhörung der obersten Landesbehörde und der Reichsknappschaft. Die Befreiung soll eintreten, wenn nicht besondere Umstände die Versicherungspflicht rechtfertigen.

Auch andere Betriebe von geringerem Umfange können Antrag auf Befreiung stellen. Hierzu ist ein gemeinsamer Antrag des Arbeitgebers und der Mehrheit der berechtigten Arbeitnehmer, die in geheimer Abstimmung beschließen müssen, erforderlich. Der Reichsarbeitsminister kann diesem Antrag stattgeben, wenn besondere Umstände die Befreiung rechtfertigen.

Nach dem Knappschaftsgesetz vom 23. Juni 1923 schieden Hüttenwerke und sonstige Betriebsanstalten oder Gewerbeanlagen aus der Versicherung aus, die nach den bisherigen landesgesetzlichen Vorschriften knappschaftlich versichert waren. Diese Betriebe konnten auf Grund gemeinsamer Erklärung des Arbeitgebers und der Mehrheit der Arbeitnehmer die Versicherung fortsetzen. Betriebe, die von diesem Recht Gebrauch gemacht haben, sind seit langem wieder bestrebt, aus der Versicherung auszuschneiden. Der neue Artikel 16 gibt diesen Betrieben, die der Versicherung auf Grund des Artikels 17, I des damaligen Einführungsgesetzes dem Knappschaftsverein angehören, die Möglichkeit, wieder auszuschneiden. Auch hierzu ist ein gemeinsamer Antrag des Arbeitgebers und der Mehrheit der Versicherten eines jeden selbständigen Betriebes erforderlich. Der Antrag ist beim Vorstand des Reichsknappschaftsvereins bis zum 30. September 1926 einzureichen.

Auf Grund des Artikels 18 des Einführungsgesetzes vom 23. Juni 1923 konnten Arbeitergruppen, die bisher knappschaftlich versichert waren, die Mitgliedschaft fortsetzen. Auch diese Mitglieder können auf Antrag, der bis zum 30. September 1926 zu stellen ist, ausschneiden.

Erfolgt die Befreiung der Betriebe auf Grund eines Antrages, dann sind die bisher versicherten Mitglieder im einzelnen berechtigt, sich trotzdem weiter zu versichern, um evtl. erworbene Rechte zu behalten.

Scheiden Betriebe auf Grund eines Antrages aus, dann hat der Arbeitgeber eine angemessene Entschädigung für die laufenden Pensionen ehemaliger Versicherter und für die in dem ausscheidenden Betriebe erworbenen Anwartschaften der Versicherten zu leisten. Die näheren Bestimmungen hierüber erläßt der Reichsarbeitsminister, er kann auch Teilzahlungen zulassen. Die in Frage kommenden Betriebe werden die Ausscheidungs- und Antragsmöglichkeiten zu prüfen und die erforderlichen Maßnahmen vorzubereiten haben, damit ihren Wünschen Rechnung getragen wird.

### Nachklänge zum 3. Kongress der Fabrikarbeiter-Internationale.

Bekanntlich haben die russischen Vertreter der Chemiarbeiterorganisation wiederholt den Antrag auf Aufnahme in die Fabrikarbeiter-Internationale gestellt, so auch auf der letzten Tagung der Internationale. Hierzu schreibt der Sekretär Genosse Stenhus (Amsterdam):

In der russischen Gewerkschaftsbewegung stehen sich zwei Ansichten gegenüber. Da ist zuerst der Herr Losowski, der die Einheitslösung ausgegeben hat in der Meinung, er könnte damit die Arbeiter der Amsterdamer Internationale gegen ihre Führer aufheben. Daneben finden wir Herrn Tomski, den Führer des russischen Gewerkschaftsbundes, der auf dem jüngsten Kongress der kommunistischen Partei Rußlands die Politik Losowskis als unaufrichtig und dumm charakterisierte. Um diese zwei Meinungen geht der Kampf.

Es ist klar, daß es den Interessen der Arbeiter sehr förderlich sein würde, wenn die Ansichten Tomskis die Richtung bestimmen würden. Der Kongress der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände, der vor kurzem in Kopenhagen abgehalten wurde, hat aufs neue gezeigt, daß momentan Losowski noch Herr im russischen Hause ist und daß diejenigen, die die Einheit tatsächlich wollen, eine Minderheit bilden. Es herrscht Angst vor der Einheit.

Die norwegischen Organisationen hatten einen Antrag gestellt, um die russischen Organisationen der Fabrikarbeiter zu der Fabrikarbeiter-Internationale zuzulassen. Anlässlich dieses Antrages hatte das Exekutivkomitee folgende Resolution vorgelegt:

Der Kongress der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände usw., Kenntnis nehmend von den Beratungen hinsichtlich des Anschlusses der russischen Organisationen der Fabrikarbeiter, erklärt sich bereit, diese russischen Organisationen im internationalen Berufssekretariat aufzunehmen, falls diese russischen Organisationen bereit sind, im russischen Gewerkschaftsbunde den Antrag zu stellen und zu vertreten, daß der russische Gewerkschaftsbund sich dem IGB anschließt.

Diese Resolution war annehmbar für jeden, der wirklich Einheit will. Hier wurde eine Brücke geschlagen. Das Exekutivkomitee nahm an, daß die russischen Fabrikarbeiterorganisationen ernstlich die Einheit der Arbeiter wollten. Nicht nur die Einheit der Fabrikarbeiter in jedem Lande mit denjenigen aller anderen Länder, sondern auch die Einheit der Fabrikarbeiter aller Länder mit den anderen Arbeitergruppen in allen Ländern. Gewerkschaften, welche, wie die russischen, behaupten, revolutionär zu sein, müssen die Einheit wollen.

Das Exekutivkomitee der Fabrikarbeiterinternationale wollte nun nichts anderes, als daß die russischen Organisationen die Konsequenzen dessen, wozu sie sich ihrer Behauptung nach bekennen, auf sich nehmen würden.

"Wir lassen euch heute zu", so sagten wir den Russen, aber das ist doch nur halbe Arbeit, und halbe Arbeit auf diesem Gebiete ist gar keine Arbeit; wenn wir heute die Einheit der Fabrikarbeiter stärker machen durch ihre Aufnahme in unsere Internationale, so müssen sie morgen sofort die gemeinschaftlich angefangene Arbeit fortsetzen und im russischen Gewerkschaftsbunde einen Antrag stellen und kräftig verteidigen, daß dieser Gewerkschaftsbund die Einheit aller Arbeiter verwirklicht dadurch, daß er sich dem IGB, welcher die Russen dazu aufgefordert hat, anschließt.

Es war ein logischer Antrag, dieser Antrag des Exekutivkomitees der Fabrikarbeiter, und es war ein Antrag, welcher von den Russen angenommen worden wäre, wenn es ihnen wirklich um die Einheit und nicht um die Taktik zu tun war.

Die russische Delegation lehnte den Antrag des Exekutivkomitees absolut ab und stellte die Resolution, in welcher sie erstens unbedingte Zulassung der russischen und anderen kommunistischen Organisationen in der Welt forderte, und zweitens das Exekutivkomitee beauftragte wurde, im IGB den Antrag zu stellen, sofort eine Konferenz über die Einheit mit dem russischen Gewerkschaftsbund abzuhalten.

Die Aufgabe einer solchen Konferenz beschrieb die russische Delegation wie folgt: Diese Konferenz soll das Problem der Gewerkschaftsarbeit nach Weltmaßstäbe beurteilen ohne vorläufige Bedingungen für die Einberufung der Konferenz zu stellen.

Entgegen dem Antrag des Exekutivkomitees etwas zu tun, wodurch die Einheit gefördert würde, stellten die russischen Organisationen also den Antrag, um "im Weltmaßstabe" zu reden.

Sie sahen, daß Taten für die Einheit gefordert wurden, und sie beeilten sich, um dagegen Einspruch zu erheben und aufs neue einen Vorwand zu finden, um zu reden. Die Herren von Moskau kümmern sich gar nicht um die Einheit der Arbeiter. Sie sind enge Parteipolitiker und nichts mehr. Das Einheitslösungswort war und ist für sie nur eine Sache der Taktik ohne weiteres.

Der Beschluß des IGB, um mit dem russischen Gewerkschaftsbunde zu konferieren, sobald sie den Wunsch zum Anschluß ausgesprochen hatten, hat dem Lösungswort seine Kraft entzogen. Die Arbeiter mußten, daß es der IGB war, der wirklich die Einheit wollte, und daß dies scheiterte an der Widerwilligkeit der russischen Kommunisten.

Hier wurde den Russen eine Gelegenheit geboten, zu einer

für sie ehrenvollen Wiederherstellung des begangenen Irrtums zu kommen. Sie lehnten aufs neue ab aus Angst, daß die Einheit zustande kommen würde und das Lösungswort seine Wirkung als taktisches Agitationsmittel verlieren würde.

Die Frage selbst hat nach dieser neuen Selbstklärung aufgehört noch wichtig zu sein. Wir werden den Russen Zeit geben, sich zu bestimmen.

Der Kollege Stähler, der als Delegierter bei der Tagung in Kopenhagen war, befaßt sich mit den Anträgen des russischen Gastes Dobrowolsky über die Mitglieder der russischen Organisation. Unter der Devise "Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip" führt Stähler aus:

Der als Gast anwesende Vertreter des russischen Verbandes der Chemiarbeiter und verwandten Branchen der USSR, Herr Dobrowolsky aus Moskau, erklärte stolz erhabenen Hauptes, daß er 350 000 Arbeiter der russischen chemischen Industrie, der Papierindustrie und der Zuckerindustrie vertrete. Selbstbewußt fügte er hinzu, daß die von ihm vertretene Arbeiterzahl mehr als die Hälfte der jetzt in der Fabrikarbeiter-Internationale vereinigten Arbeiterzahl ausmache.

Unser Kollege Thiemig erlaubte sich in seiner Diskussionsrede, diese Angaben in Zweifel zu stellen.

Auf dem Internationalen Kongress war es der deutschen Delegation nicht sofort möglich, den Beweis dafür anzutreten, daß Dobrowolsky mit dieser Zahlenangabe der angeblich in seinem Verbandsorganisierten Arbeiter den Kongress regelrecht angeführt hat. Deshalb sei der Beweis jetzt noch nachgeholt:

Die "Papierzeitung" Nr. 52, Jahrgang 1926, berichtet nach der russischen Zeitung "Bumajsch. Promischl.", daß im ersten Quartal 1926 in 81 Betrieben der russischen Papierindustrie, in denen 108 Papiermaschinen im Gange sind, durchschnittlich 29 545 Arbeiter und 3056 Angestellte, also 32 601 Arbeitnehmer beschäftigt werden.

Die Zeitschrift "Die Chemische Industrie", Nr. 17, Jahrgang 1924, berichtet unter der Überschrift: "Die chemische Industrie in Sowjetrußland", daß in 34 Trusten mit 271 Unternehmungen, wovon 12 Truste und 81 Unternehmungen unter der Kontrolle des obersten Wirtschaftsrates standen, am 15. August 1922 38 784 Arbeiter, davon 26 399 in Kontrollbetrieben, beschäftigt werden.

Dobrowolsky könnte nun dagegen erwidern, daß die Zahlen für die chemische Industrie Rußlands veraltet sind. Jeder Kenner der chemischen Industrie weiß aber, daß gerade diese Industrie ein Produkt jahrzehntelanger Entwicklung ist und nicht im Zeitraume von einigen Monaten oder Jahren aus dem Boden herausgestampft werden kann.

Die jetzige russische chemische Industrie ist aber ein Produktionskind der Nachkriegszeit, so daß die Zahlen von 1922 immerhin einen guten Anhaltspunkt über die Zahl der in der russischen chemischen Industrie Beschäftigten bieten.

Aber die Entwicklung der russischen chemischen Industrie schreibt die deutsche Zeitschrift: "Die Chemische Industrie" u. a. folgendes:

Zu den allerjüngsten Zweigen der russischen Industrie gehört die chemische. Vor noch nicht zu langer Zeit bezog Rußland alle seine chemischen Produkte aus Deutschland, und erst wenige Jahre vor dem Kriege wurde ein ernsthafter Versuch gemacht, eine russische chemische Industrie zu begründen, der in Zukunft die bedeutenden russischen Mineralische zugute kommen werden; im Jahre 1914 war die Entwicklung schon beträchtlich fortgeschritten, und der Krieg brachte für die meisten Zweige derselben einen großen Aufschwung; dann kam der Zusammenbruch.

Leider stehen uns die Zahlen der beschäftigten Zuckerarbeiter in Rußland nicht zur Verfügung. Doch lassen sich diese schätzungsweise auf Grund der Produktionszahlen errechnen.

Die deutsche Zuckerindustrie stellte im Geschäftsjahre 1925/26 15 836 000 Doppelzentner Zucker her und hat während der Kampagne rund 90 000 Arbeiter beschäftigt.

Nach Dr. Eduard Weisner beträgt die russische Zuckerproduktion 980 000 Tonnen oder 9 800 000 Doppelzentner.

Die russische Zuckerproduktion beträgt also rund 61 Prozent der deutschen Zuckerzeugung. Würde man die Leistungsfähigkeit der russischen Zuckerindustrie in technischer Beziehung und die Leistungsfähigkeit der russischen Zuckerarbeiter mit der deutschen auf die gleiche Stufe stellen, so würde die russische Zuckerindustrie, gemessen an der deutschen Arbeiterzahl, während der Kampagne 54 900 Arbeiter beschäftigen. Aber auch wenn man annimmt, daß die russische Zuckerindustrie in ihrer Technik hinter der deutschen zurücksteht und infolgedessen mehr Arbeiter beschäftigen muß, so dürften doch kaum mehr als 60 000 Zuckerarbeiter in Rußland in Frage kommen. Selbst man weiterhin die Zahl der russischen Chemiarbeiter von 38 784 im Jahre 1922 auf 50 000 im Jahre 1925, so würde sich folgende Rechnung ergeben:

Beschäftigte Chemiarbeiter	50 000
Beschäftigte Zuckerarbeiter	60 000
Beschäftigte Papierarbeiter	33 000

Aus dieser Berechnung, die jedenfalls sehr günstig für die russische Industrie zusammengefasst ist, geht hervor, daß Dobrowolsky, selbst wenn sämtliche russischen Chemie- und Zuckerarbeiter in seiner Organisation beschäftigt sind, er aller günstigstenfalls 150 000 Arbeiter in diesen Industriezweigen organisiert haben kann und nicht 350 000, wie Dobrowolsky fälschlicherweise auf dem Kongress in Kopenhagen behauptete.

Die Unmöglichkeit der von Dobrowolsky behaupteten Arbeiterzahlen geht auch aus der Zusammenfassung der deutschen Berufsgenossenschaftsberichte für das Jahr 1924 hervor. Danach waren vorhanden:

Chemische Industrie . . .	14 357 Betriebe mit 360 930 Vollarbeitern
Papier-Industrie . . .	1 129 Betriebe mit 108 019 Vollarbeitern
Zucker-Industrie . . .	299 Betriebe mit 91 544 Vollarbeitern

15 785 Betriebe mit 559 393 Vollarbeitern

Vergleicht man damit die aus Rußland stammenden Angaben, daß in der chemischen Industrie nur 271 Unternehmungen und in der Papier-Industrie ganze 81 Unternehmungen vorhanden sind, so geht daraus mit aller Deutlichkeit hervor, daß Dobrowolsky auf dem Kopenhagener Kongress regelrecht geschwindelt hat. Jedenfalls wird er sich bemühen müssen, uns den Nachweis zu liefern, daß die von ihm angegebenen Arbeiterzahlen eine reelle Unterlage haben. Wir sind überzeugt, daß ihm dieses nicht gelingt.

### Die 4. Sitzung des Bundesausschusses

Der WGB fand am 9. und 10. Juli 1926 im Volkshaus zu Düsseldorf statt. Als wichtigster Tagesordnungspunkt stand die Frage der Erwerbslosenfürsorge in Verbindung mit der Lage des Arbeitsmarktes auf der Tagesordnung. In der Sitzung nahmen u. a. der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, Ministerialdirektor Dr. Weigert und der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, Dr. Spruy, als Gäste teil. Die Sitzung wurde eingeleitet durch den Vorsitzenden des WGB, Leipart, der den Bericht des Bundesvorsitzenden erstattete. Im Anschluß daran trat der Bundesausschuss in die Erörterung des Hauptpunktes der Tagesordnung:

#### Die Lage des Arbeitsmarktes und die Erwerbslosenfürsorge

Das einleitende Referat hielt der Vertreter der sozialpolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, Dr. Bruno Bräcker. Er führte aus: Der minimale Rückgang der Erwerbslosigkeit im ersten Halbjahr 1926 hat die pessimistische Erwartungen übertroffen. Die Frühjahrskonjunktur für das Baugewerbe und die Landwirtschaft hat eine nur geringe Beeinträchtigung des Arbeitsmarktes im günstigen Sinne bewirkt. Am 15. Februar betrug die Zahl der Hauptunterstützten 2 058 853, sie verminderte sich bis zum 15. März auf 2 017 451, am 15. April auf 1 883 626, am 15. Mai auf 1 734 429 und stieg bis zum 15. Juni wieder auf 1 749 111. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen, unter Einrechnung der Nichtunterstützten, ist noch um 25 bis 30 Prozent höher. Die Zahl der Ausgefressenen braucht noch nicht allzu hoch angenommen zu werden. Doch waren am 15. Juni bereits 276 000 Erwerbslose über sechs Monate nach 936 000 über drei Monate unterstützt.

Am schwersten betroffen sind immer noch das Baugewerbe mit noch der freigewerkschaftlichen Statistik 22,9 Prozent Arbeitslosen, Bekleidungsarbeiter mit 23,2 Prozent, Textilarbeiter 19,9 Prozent, Schararbeiter 34,4 Prozent, Schornsteine 32,3 Prozent, Lederarbeiter 25,2 Prozent, Sattler und Portiersmänner 31,7 Prozent, Tabakarbeiter 87,8 Prozent, bei den Metallarbeitern schließlich 20,6 und bei den Holzarbeitern 23,9 Prozent. Die Zahl der Kurzarbeiter entspricht ungefähr der Zahl der Arbeitslosen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius geht hierauf in längerer Ausführungen auf die bereits in Anschlag genommenen Maßnahmen zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung ein. Nach anschließender Diskussion nahm der Bundesausschuss die folgende Entschließung an:

In der Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland — als Folgeerscheinung einer von den Gewerkschaften bekämpften nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik — eine schwere Gefahr für Volk und Volkswirtschaft nach auf lange Sicht hin bedeutet, haben die Gewerkschaften schon heutzutage umfassende Gegenmaßnahmen gegen eine weitere Verschärfung des Arbeitsmarktes und ausreichende Schutzmaßnahmen für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen getroffen.

Trotz dieses Dringens ist bisher weder eine der heutigen Lage entsprechende Arbeitslosenversicherung geschaffen, noch sind wirklich einschneidende Maßnahmen getroffen worden, um die Arbeitslosen zu unterstützen und die große Masse der Erwerbslosen jährl. zu vermehren.

Das ungelöste Problem der einheitlichen Unterstützungssätze wird bis zur Einführung eines Versicherungssystems nicht entbehrt werden können. In Anbetracht der fortschreitenden Verelendung breiter Schichten muß jedoch eine Erhöhung der Unterstützungssätze ebensofort aus sozialen wie aus wirtschaftlichen Gründen gefordert werden. Weiter ist zu fordern die Abschaffung der nach Lage zuständiger öffentlicher Stellen nicht mehr haltbarer Beschäftigung, ferner eine Unterstützung der Arbeitslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit und eine Anhebung der Kurzarbeiterfürsorge.

Die Gewerkschaften begrüßen es, daß die Bedeutung der produktiven Fürsorge für die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit auch vom Reichstage in seinen jüngsten Beschlüssen anerkannt worden ist. Was von ihm aufgestellte Programme für die Durchführung dieser schaffenden Befähigung der Arbeitslosen und mit Rücksicht auf die verschiedenen Forderungen.

Unbedingt muß jetzt aber erwartet werden, daß der erstehende Wille zur Fernschaffung dieser Pläne bald durch die Tat bekräftigt wird. Hierzu wird eine großzügige Finanzierung, möglichenfalls durch Inanspruchnahme von Auslandskrediten sowie eine einschneidende Befähigung der Arbeitslosen und Konkurrenzfähigkeit in der Bewirtschaftung erste Voraussetzung sein. Die Gewerkschaften werden ihrerseits nicht ablassen, mit allen Mitteln auf die sofortige Inanspruchnahme dieser wichtigsten Aufgaben der Gegenwart hinzuwirken.

### Industrie der Steine und Erden

#### Keramischer Band

Trotzdem am 12. Juli ergehen sein sollte, wieviel Exemplare und an welche Adresse der „Keramische Band“ gekauft werden soll, hat es bisher ein großer Teil Zahlstellen unterlassen, irgendwelche Mitteilung zu machen. Andere Zahlstellen haben zwar die Zahl der benötigten Exemplare angegeben, aber keine Adresse.

Wir ersuchen die Zahlstellen dringend um Angabe der Adressen, an die der „Keramische Band“ bestellt werden soll. Wenn die Bestellung bereits nach Berlin gefandt ist, bitten wir um Mitteilung.

Der Expedition des „Proletarier“ ist ebenfalls Mitteilung zu machen, wieviel und an wen (genaue Adresse angeben) vom 1. August an noch „Proletarier“ gefandt werden sollen.

Wenn keine Störung in der Zustellung erfolgen soll, müssen die Angaben so schnell wie möglich gemacht werden.

### Eine Lohn- und Akkordarbeiter-Konferenz

fand am Sonntag, dem 27. Juni, im Volkshaus in Frechen für die im Bereich der Zahlstelle Köln liegenden Lohn- und Akkordarbeiter statt. Die Tagesordnung lautete:

1. Unsere Lohn- und Akkordverhältnisse.
2. Wahl einer Sektionsleitung.
3. Verschiedenes.

Die Konferenz war von 28 Delegierten besetzt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Hertwig (Köln). Redner zeichnete in großen Zügen die Tarifpolitik der Gewerkschaften, die besonders in der gegenwärtigen Zeit der wirtschaftlichen Krise sich gut bewährt habe. Während in den anderen Industrien bereits 1924 der Achtstundentag verloren ging, war es uns in Frechen möglich, die Absichten der Unternehmer bis zum 1. Mai 1925 hintanzubehalten. Unsere beiden Lohnsätze, die wir in Frechen und in Hermülheim abgeschlossen haben, zeigen Mängel, die wir abzustellen bestrebt sein müssen. Die Einheitslichkeit muß in der Lohnhöhe durchgeföhrt werden. Gegenwärtig beträgt der Stundenlohn in Hermülheim 67 und in Frechen 70 Pf. pro Stunde, während in Groß-Königsdorf, wo keine Tarife bestehen und die Arbeiter unorganisiert sind, nur 55 Pf. pro Stunde gezahlt werden. Auch die Akkordsätze stehen gegenüber den anderen Fabriken ganz erheblich zurück. Der Akkordarbeit müssen wir viel größere Beachtung schenken. Gleiche Leistungen und einheitliche Akkordsätze bei den gleichen Betriebsverhältnissen müssen unser Ziel sein. Gerade darin wird von den Kollegen selbst viel verdorben. Die ausgegebenen Fragebogen über die Leistungen im Jahre 1914 und die im Jahre 1926 zeigen uns zur Genüge, wo der Hebel angelegt werden muß. Andererseits zeigt uns aber dieses Material, daß die Unternehmer im Unrecht sind, wenn sie behaupten, daß die Vorkriegsleistungen noch nicht erreicht sind. Nur einige Zahlen wollen wir anführen:

Röhrenweite	1914	1916
10 bis 12 1/2 cm	800 bis 900 Stück	1300 bis 1400 Stück
15 cm	1000 Stück	1200 bis 1300 Stück
20 cm	700 bis 800 Stück	900 bis 1000 Stück
25 cm	550 Stück	700 Stück
30 cm	300 bis 350 Stück	500 Stück
40 cm	250 Stück	350 Stück

Vor dem Kriege betrug die Arbeit 60 Stunden pro Woche, während gegenwärtig 52 und 54 Stunden gearbeitet wird.

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Müller, Bergerhausen, Oberlack, Schumacher und Wilkens. Einmütig wurde von allen Rednern hervorgehoben, daß der Abschluß eines Bezirks-tarifvertrages unsere Hauptaufgabe sein muß. Dazu gehört aber ein noch besserer Ausbau unserer Organisation. Die Durchführung sei nur möglich, wenn die gesamte Arbeitererschaft organisatorisch eine Macht darstelle, erst dann wird der Einfluß auch auf die Festlegung der Akkordsätze stärker werden. Beharrlichkeit und Ausdauer in der Organisation seien aber die Grundbedingung, da alle berechtigten Forderungen nicht auf einmal erreicht werden können.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde eine Sektionsleitung von 5 Kollegen gewählt. Als Tagungsort für alle Veranstaltungen wurde Frechen bestimmt.

Unter Verschiedenem wurden die sanitären Einrichtungen in den Betrieben besprochen, und auch hier wurden manche Mängel festgestellt. Beschlissen wurde, demnächst eine Sitzung der Arbeiter-räte und Vertrauensleute abzuhalten. P. Hertwig.

### Nahrungsmittel-Industrie

#### Die Entwicklung der deutschen Zuckerindustrie.

(Eine Doktorarbeit von Dr. Edward Weisner.)

Aber die Entwicklung der deutschen Zuckerindustrie in und nach dem Kriege und ihre Stellung in der Weltproduktion ist eine Doktorarbeit von Diplomanwalt Doktor Edward Weisner erschienen, der auch die Arbeitererschaft, speziell aber die Arbeitererschaft der Zuckerindustrie, ihre Aufmerksamkeit schenken muß. Das Werk ist 135 Seiten stark und kostet im Buchhandel broschiert 6,50 Mk., gebunden 8 Mk. Aus dem Inhalt sei besonders folgendes hervorgehoben.

Der Verfasser erwähnt einleitend, daß seit 1899 kein Buch in deutscher Sprache über die deutsche Zuckerindustrie erschienen sei. Diesem Mangel mußte durch Überlegungen abgeholfen werden. Das vorliegende Werk behandelt nur die Entwicklung der deutschen Zuckerindustrie während und nach dem Kriege ausführlich. Der Verfasser beschränkt sich darauf, einleitend einen ganz kurzen geschichtlichen Überblick über die Zuckerindustrie zu geben. „Das Fundament der Zuckerindustrie ist die Landwirtschaft“, sagt Dr. Weisner, und dieses stimmt wohl für keine Industrie so unbedingt wie für die Zuckerindustrie. Von diesem Gedanken ausgehend, ist dem Rübenaubau und seiner Bedeutung für die Landwirtschaft in kultureller und materieller Hinsicht eine längere Abhandlung gewidmet.

Nachdem die verschiedensten Steuern und Abgabenarten der Vorkriegszeit einer kurzen Betrachtung unterzogen sind, wird auch die Brüsseler Zuckerkonvention gewürdigt. Durch verschiedene Umstände begünstigt, konnte die Zuckerindustrie die Bedeutung erlangen, die sie vor dem Kriege hatte. Dr. W. kommt zu folgendem Urteil: „So stand die deutsche Zuckerindustrie — Beginn des Weltkrieges in erfreulicher Blüte, sie war ein Abbild des gesunden Zustandes unserer Volkswirtschaft.“

Alsdann wird die Entwicklung der deutschen Zuckerindustrie während und nach dem Kriege eingehend besprochen, Dr. W. sagt:

Bei Betrachtung des Fundaments der Zuckerindustrie gewahren wir drei Ursachen, welche den Rückgang der Produktion erklären. Es sind dieses: 1. die Minderung der Anbaufläche, 2. der Rückgang des Erntertrages pro Hektar der angebauten Fläche, 3. die Verwendung der Rüben für andere Zwecke als die der Zuckerfabrikation.

In Würdigung dieser Gründe kommt Dr. W. zu dem Schluß, daß in erster Linie in der Kriegszeit maßgebend sein mußte, welche Feldfrüchte für die Volksernährung am wichtigsten waren. Da wir zu Beginn des Krieges Zucker im Überflusse hatten, wurde der Rübenaubau zugunsten anderer Feldfrüchte eingeschränkt. Als zweiter Hauptgrund für den Rückgang des Rübenaubaus, sagt Dr. W., ist das Versaillen Friedensdiktat anzusehen, durch das große Anbaugebiete von Deutschland abgetrennt wurden.

Nachdem so der Rückgang als Folge der verschiedensten Maßnahmen gewürdigt und tabellarische Übersichten über den Rückgang und den Wiederaufbau gegeben sind, folgt ein Diagramm über die territoriale Lage der Zuckerindustrie und des Rübenaubaus in Deutschland. Die Preispolitik der Regierung und die sich daraus ergebenden finanziellen Schwierigkeiten für die Zuckerindustrie werden eingehend gewürdigt. Dabei wird auch des Zuckerbeitrages gedacht, der in der letzten Zeit der Zwangswirtschaft bestand. Ihm wird nachgefolgt, daß er „jede Preiserhöhung bekämpfte und verzögerte“.

Auch die von der Zuckerindustrie selbst geschaffenen Weltinstitute, die Zuckerbank A. G. und die Zucker-Kreditbank A. G., werden einer kritischen Würdigung unterzogen. Nach längeren Betrachtungen über die Einrichtungen und den Nutzen dieser Institute für die Industrie kommt Dr. W. zu folgendem Schluß:

In welcher hervorragender Weise die Solidarität der Fabriken, die Deutsche Zuckerbank besichtigt, Kredite aufzunehmen, ist daraus zu ersehen, daß die Bank im Auslande Darlehen von insgesamt 2 1/2 Millionen Pfund Sterling zu günstigen Bedingungen unterbringen konnte.

Um die Stellung der deutschen Zuckerindustrie im Rahmen der Weltwirtschaft zu beleuchten, werden die einzelnen Länder mit Zuckerzeugung einer kurzen Betrachtung unterzogen. Unterschieden wird hierbei nach Rübe und Rohr. Bei dieser Betrachtung kommen 20 Länder mit Rübenzuckerindustrie und 29 Länder mit Rohrzuckerindustrie in Frage. Etwas ausführlicher als die übrigen Länder mit Rübenzuckerindustrie wird Rußland behandelt. Der Verfasser kommt bezüglich Rußlands zu dem Schluß, daß dieses Land seine Zuckerproduktion in Zukunft wesentlich steigern dürfte. Er sagt, „so wird Rußland für die Zukunft von erheblicher Bedeutung für den Weltmarkt sein“.

Bzüglich der Rohrzucker erzeugenden Länder hebt der Verfasser hervor, daß neben Kuba als größter Zuckererzeuger die Vereinigten Staaten von Nordamerika in erster Linie zu nennen seien. Er weist nach, daß 1901 Kuba und Rohr je 50 Prozent der Weltproduktion stellten, 1913 war das Verhältnis 49 Prozent Rüben- und 51 Prozent Rohrzucker. Heute betrage der Rübenzucker nur 36,3 Prozent, der Rohrzucker dagegen 63,7 Prozent der Weltproduktion. Der Verfasser kommt nach dieser Untersuchung zu folgendem Ergebnis:

Wir sahen während der Kriegszeit die Rübenzuckerindustrie aller Kriegsländer zurückgehen, während gleichzeitig die Rohrzuckerproduzenten diese Konjunktur ausnützten und ihre Erzeugung steigerten, um den Anfall zu decken. So bekamen sie einen natürlichen Vorkurs, den die Rübenzuckererzeuger nach dem Kriege langsam wieder aufzuholen begannen. Aber noch nicht vollkommen! Und das ist das wesentliche Merkmal der heutigen Lage: Der Weltzuckermarkt ist überfüllt, trotzdem die Rübenzuckerzeugung noch nicht an die des Rohres heranreicht.“

Der Verfasser wirft die Frage auf, wie es demgegenüber mit dem Weltverbrauch steht. Er konstatiert, daß einer Weltproduktion von rund 23 1/2 Millionen Tonnen ein Verbrauch von etwas über 21 1/2 Millionen Tonnen gegenübersteht und somit ein Übervorrat von 1 782 000 Tonnen vorhanden sei. Für die deutsche Zuckerindustrie sei die Frage entscheidend, ob sie gegenüber der Auslandsindustrie konkurrenzfähig sei. Zur Prüfung dieser Frage stellt der Verfasser eingehende Untersuchungen über die Unkosten der Zuckerindustrie von früher und heute an, wobei er bemängelt, daß er bei dieser Frage fast ausschließlich auf die Angaben der Interessenten-Verbände angewiesen sei. Da die Berechnungen nach den Selbstkostenkalkulationen der Arbeitgeber aufgestellt sind, kann der Verfasser bezüglich der Unkosten auch zu keinem anderen Resultat kommen als die Arbeitgeber.

Im Rahmen der Wirtschaftlichkeit wird auch die Lohnfrage eingehend behandelt. Es werden die Löhne der Vorkriegszeit den Löhnen der Kampagne 1925/26 gegenübergestellt. Bei dieser Betrachtung kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß eine Lohnsteigerung gegenüber der Vorkriegszeit, am allgemeinen Index gemessen, von 54,48 Prozent zu verzeichnen sei. Dieses, so sagt der Verfasser, wird bei Begründung eines Zollschutzes von Arbeitgeberseite immer geltend gemacht. Er geht dann auf die Gründe der Arbeitgeber näher ein und erkennt nie an sich als richtig an. Er sagt aber, daß das gesunde Bild sofort eine andere Richtung erhält, wenn wir den Verhältnissen näher auf den Grund gehen. Die Löhne der Zuckerarbeiter von 26,8 Pf. hätten in der Vorkriegszeit 40 Prozent und mehr hinter den anderen Löhnen zurückgestanden. Wörtlich heißt es dann:

Unter Berücksichtigung dieses Umstandes verändert sich die Erhöhung des Reallohnes in das Gegenteil, eine Minderung. Verwenden wir wieder die oben erwähnten statistischen Feststellungen der Vorkriegslohnverhältnisse, so müssen wir statt des durchschnittlichen Lohnsatzes von 26,8 Pf. einen solchen von 44,66 Pfennig annehmen. Vergleichen wir nun diesen Satz mit dem 60-Pf.-Stundenlohn von heute, so ergibt sich rein rechnerisch die Tatsache, daß der Reallohn aller Arbeiter der Zuckerfabriken heute nur 82,69 Prozent des Friedenslohnes beträgt.“

Hier kommt also der Unparteiliche zu dem Schluß, daß die Löhne der Zuckerarbeiter heute tatsächlich noch hinter dem allgemeinen Lohn- und Preisniveau zurückstehen.

Neben der Lohnfrage wird auch die Frage der Arbeitsleistung bei der Wirtschaftlichkeit der Betriebe untersucht. Hier sagt Dr. W. wie folgt zusammen:

Das Gesamtergebnis unserer Betrachtungen über die Lohnverhältnisse in der Zuckerindustrie können wir nun dahingehend zusammenfassen, daß unsere Industrie, weder volks- noch weltwirtschaftlich gesehen, durch die Lohnentwicklung nach dem Kriege gegenüber anderen Industrien benachteiligt ist.

Das ist ungefähr eine Befestigung dessen, was auch wir stets behauptet haben.

Auch die Zuckerpreise sind eingehend gewürdigt. Ihre Entwicklung ist in einem Diagramm veranschaulicht. Des weiteren zeigt sich der Verfasser mit den Schutzollbestrebungen der Zuckerfabrikanten auseinander. Er untersucht, ob ein Schutzoll der Industrie dauernd Vorteile bringen kann. Dr. Weisner betrachtet aber die Schutzollfrage nicht nur vom Standpunkt einer Industriegruppe, sondern vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkt, und kommt hierbei zu folgendem Schluß:

Unsere Volkswirtschaft kann sich nicht mehr leisten, durch hohe Schutzölle die Kaufkraft des inneren Marktes zu schwächen und wertvolles Gut an das Ausland zu einem Preise, der unter den deutschen Herstellungskosten liegt, zu verschleudern. Für die Zuckerindustrie gilt das in besonderer Weise, da sie als Exportindustrie vor dem Kriege eine große Rolle gespielt hat und wieder im Begriff steht, sich den Weltmarkt zu erobern. Und ist es nicht zwingend, daß im gleichen Maße, wie wir eine Mauer aufzichten gegen die Wirtschaft der Welt, uns diese auch den Zugang zu ihrem Markte, der doch für uns lebensnotwendig ist, erschweren wird?“

Fassen wir das Ergebnis der Besprechung kurz zusammen, dann kommen wir zu folgendem Schluß: Der Verfasser hat hier mit großem Fleiß ein umfangreiches Material zusammengetragen, das einen vorzüglichen Einblick über die Entwicklung

der Zuckerindustrie nicht nur Deutschlands, sondern auch der übrigen zuckerzeugenden Staaten seit 1914 gewährt. Das Buch fällt eine Lücke aus, die bislang in dieser Beziehung bestand. Wenn auch die Ansichten des Verfassers sich in manchen Teilen nicht mit den unsrigen decken, müssen wir anerkennen, daß er bemüht war, die Dinge rein volkswirtschaftlich zu sehen. Andererseits kommt er aber auch als Volkswirt zu Schlüssen, die sich in vielen Punkten mit unseren Auffassungen decken. Das Buch bietet also für jeden, der sich mit der Zuckerindustrie beschäftigt, namentlich aber auch für unsere Verbandsfunktionäre viel wertvolles, ja unentbehrliches Material. Wer sich also über die Entwicklung in der Zuckerindustrie und den damit zusammenhängenden wirtschaftlichen, wirtschaftspolitischen Fragen eingehend unterrichten will, dem können wir die Anschaffung dieses Werkes nur dringend empfehlen. E. S.

**Zollfreiheit für Margarinerohstoffe.**

IV.

Die in der Nr. 27 und 28 des „Proletariats“ im Auszug wiedergegebenen Ausführungen der Denkschrift der freien Vereinigung der deutschen Margarine- und Kunstseifeeffabrikanten e. V. lassen den Umfang der bereits vollzogenen Monopolisierung durch das ausländische Kapital in der Säbimhlen- und Margarine-Industrie klar erkennen. Ob es der freien W.M.J. gelingen wird, selbst bei Ablehnung der verlangten Zollherabsetzung im Parlament sich den Konzernen gegenüber zu behaupten, hängt zweifellos ab von deren Geschäftstätigkeit.

Für die Arbeiterschaft kann der Ausgang dieses Kampfes nicht gleichgültig sein. Für sie bedeutet die Vernichtung der freien Betriebe vermehrte Arbeitslosigkeit. Es wird zwar im Lager der Zollpolitiker behauptet, daß die Margarinearbeiter alsdann in den Großbetrieben der Konzerne Unterkunft finden werden. Wie sehen hier aber die Dinge aus? Eine Anzahl von Margarinefabriken und auch Säbimhlen sind im Laufe des letzten Jahrzehnts von den Konzernen aufgekauft und zum Teil stillgelegt worden. Die Produktion dieser Betriebe wird in den modernen Großbetrieben der Konzerne mit vollzogen und bis zum äußersten gesteigert, aber nicht mit vermehrten Arbeitskräften, sondern unter Ausnutzung der technischen Verbesserungen (was ihr gutes Recht ist), mit verringertem Personal und der vollkommeneren Ausnutzung der Arbeitskraft der Arbeiter. Mit den gewaltigen Kapitalien, die diesen Konzernen zur Verfügung stehen, sind sie imstande, jede technische Neuerung in ihren Betrieben anzubringen und auszunutzen. Ob es aber durch die Zusammenlegung von kleinen deutschen Firmen zu einer Interessengemeinschaft gelingen wird, auf die Dauer der Monopolisierung durch die Konzerne zu begegnen? Schließlich sind auch solche Gesellschaften abhängig von der Geschäftstätigkeit des Verkaufs- und Werbeapparates sowie der verfügbaren Kapitalien. Neuerdings sehen wir, daß sich der Firma E. u. G. Müller, Speiseeffabrik, A.-G., nach und nach ein Anzahl von Fabriken angegliedert haben, so u. a. die Union in Lüneburg, die Westfälischen Säbimhlen-Margarinerwerke, vorm. Julius Rich, G. m. b. H. in Herford. Wie aus dem Bericht der Generalversammlung dieser Gesellschaft zu ersehen ist, hat sie sich maßgeblich beteiligt an der Margarinefabrik Dr. U. Schröder (Berlin), an der Dresdener Speiseeffabrik A.-G. und der Dömma, G. m. b. H. in Dresden. Auch diese Gesellschaft erblickt ihr Alibi in der Produktion auf wenige Produktionsstätten zu vereinen. Diese Gesellschaft erzielt im abgelaufenen Geschäftsjahr 1925 einen Reingewinn von 114 865 Mk., aus dem einmal der vorjährige Verlust gedeckt wird, 9900 Mk. werden auf neue Rechnung vorgetragen. Die Gesellschaft wird also auch versuchen müssen, ungeheure Kapitalien für Reklamezwecke auszuwerfen, um sich den Konzernen gegenüber zu behaupten. So hat z. B. der Jürgens-Konzern, der circa 2 000 000 Mark an Arbeitslohn verbuchte, circa 3 000 000 Mk. allein für Reklamezwecke ausgegeben. Der Kampf der freien Betriebe auf diesem Gebiet ist also kein leichter. Die Summen zeigen aber auch deutlich, daß das Margarinegeschäft immerhin noch ein gewinnbringendes sein muß, fernermal der angezogene Konzernbetrieb bei dieser Belastung durch die Reklame noch eine Dividende verteilen könnte.

An dem Ausgang dieses Zollkrieges ist die breite Volksmasse vor allem mit interessiert, weil die Margarine für sie infolge der allgemeinen Veredelung eine wichtige Rolle bei der Ernährung spielt. Sie darf daher auch erwarten, daß die Volkswirtschaft in den Ausschüßen der Parlamente und in den Parlamenten selbst ihre ganze Kraft einsetzt, um die geplante Zollherabsetzung abzuwehren. Allerdings sind die Aussichten dazu außerordentlich gering, wenn man in Betracht zieht, daß der Zollerhebung eventuell, wie aus den neueren Berichten ersichtlich, von 3,50 Mk. durchschnittlich auf 11,50 Mark erhöht werden soll.

Die Arbeiterschaft der Säbimhlen- und Margarine-Industrie erhebt aus dem Dargelegten den engen Zusammenhang der Unternehmern und deren Kapitalstärke. Soweit es sich ausschließlich um den Interessenkampf der Herren handelt, stehen sie sich, wie ersichtlich, spinnweid gegenüber. Handelt es sich aber um Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft zur Förderung ihrer sozialen Lage, finden wir die Herren gemeinsam auf dem Kampfplatz. Das hat uns die Vergangenheit zur Genüge gezeigt. Es sei nochmals auf den Geschäftsbericht des V. d. Berg-Konzerns von 1925 verwiesen. In dem Bericht der Muttergesellschaft dieses holländischen Konzerns heißt es u. a.: Der Jahresbericht konstatiert einen auch im Berichtsjahre wieder erhöhten inländischen Verbrauch an Margarine und zugleich ein Anwachsen der Ausfuhr, obwohl die Ausfuhr nach Deutschland von 11 000 000 Kilogramm im Jahre 1924 auf 2 400 000 Kilogramm im Jahre 1925 zurückgegangen ist.

Zu Beginn des Jahres 1924 klagten die Herren Margarinefabrikanten an Lohnverhandlungen über starke Einkäufe der holländischen Margarine, insbesondere in den rheinischen Städten. Unter diesen Herren befanden sich auch Vertreter der Konzerne; obwohl von seiten der Arbeitnehmervertreter darauf verwiesen wurde, daß hier auch evtl. die Konzernbetriebe mit in Frage kommen könnten, schwiegen sich diese Herren aus. Aber ihre Klagen blieben damals nicht ganz ohne Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft. Heute erkennen wir aus dem Jahresbericht die wirklichen Zusammenhänge der angeführten Klagen. Ähnlich lagen da auch die Dinge, wie bereits in einem anderen Artikel hervorgehoben ist, im Jahre 1925 in der Säbimhlen-Industrie. Auch dort führte man bei den Oktober-Verhandlungen leibhaftig Beschwernisse über den geringen Absatz von Säbimhlen, die ebenfalls nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Löhne in den einzelnen Betrieben blieben. Die Arbeiterschaft beider Industriezweige hat daher alle Ursache, die Unkenrufe aus dem Lager der Unternehmer mit der nötigen Vorsicht anzunehmen.

Die Arbeiterschaft muß sich aber andererseits bemühen, die Zusammenhänge in der Industrie mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu erkennen. Gibt sie sich diesen Bemühungen hin, dann wird sie die Ergebnisse der Lohnverhandlungen und die dabei zu überwindenden Schwierigkeiten besser als bisher zu wärtigen wissen. Auch darin liegt ein Stück der Organisationsstärke. Den Verband zu stärken, muß und wird die vornehmste Aufgabe der Arbeiterschaft sein. Was heute in den Betrieben unter der Parole der Realisierung von den Unternehmern vollzogen wird, bedeutet nicht Fortschritt für die Arbeiterschaft, sondern Rückschritt. Trotz Besserung des Kapitalmarktes, trotz Steigerung der Aktienkurse an den Börsen und trotz Rückgang der Konkurrenz und Geschäftsaussichten sehen wir keine Abnahme der Zahl der Arbeitslosen, sondern eine Vermehrung derselben. Soll hier ernsthaft für die Arbeiterschaft Verbesserung geschaffen werden, dann ist der Ausbau der Organisation eine zwingende Notwendigkeit. Niemals war

und ist die Gewerkschaft eine größere Notwendigkeit, als in der gegenwärtigen Zeit. Daher muß heute jeder Arbeiter in seinem Beruf Agitator sein. Das liegt in seinem eigenen Interesse. V. S.

**Verschiedene Industrien**

**Heimarbeiter!**

Wer ist Heimarbeiter? Diese Frage mag manchem überflüssig erscheinen. Aber gerade in einigen Hausindustrien, so in Thüringen und Sachsen, ist diese Frage von sehr großer Bedeutung, denn sie ist in den genannten Ländern mit ihren Industriearten sehr umstritten. Über diejenigen Heimarbeiter, die von einem Unternehmer Rohstoffe oder Halbfabrikate geliefert bekommen und dieselben gegen einen bestimmten Lohn in der eigenen Wohnung verarbeiten oder veredeln, besteht kein Streit. Sie gelten unbestritten als Heimarbeiter. Es ist gleichgültig, ob diese Kategorie von Heimarbeitern in der Wohnstube oder in einem eigens dafür vorhandenen Raum arbeitet, ob sie sich einer Maschine bedient oder nicht; der Begriff Heimarbeiter ist in diesem Falle gegeben. Nicht die Arbeitsmethoden sind maßgebend, um Heimarbeiter zu sein, sondern die wirtschaftliche Stellung gegenüber dem Auftraggeber. Bei Betrachtungen über die vorstehende Art von Heimarbeitern ist ein Unterschied mit den Betriebsarbeitern nur dergestalt wahrzunehmen, daß die betreffenden Arbeiter oder Arbeiterinnen nicht im Betrieb des Arbeitgebers, sondern in der eigenen Wohnung für den Arbeitgeber arbeiten und damit dem Arbeitgeber Arbeitsraum und sonstigen Aufwand, der bei der Beschäftigung von Arbeitern im Betrieb entsteht, ersparen.

Nun zu denjenigen Heimarbeitern, die ebenfalls in ihrer Wohnung für Auftraggeber arbeiten, jedoch die Rohstoffe selbst beschaffen. Aus der eigenen Materialbeschaffung wird meistens geschlossen, daß diese Heimarbeitergruppe zu den selbstständigen Hausgewerbetreibenden zu zählen sind. Dieser Benennung liegt ein System zugrunde, das den Zweck hat, dem Auftraggeber die Soziallasten, die Steuern und dergleichen abzunehmen. Bei objektiver Beurteilung kann aber nicht die Behauptung aufgestellt werden, daß die teilweise Beschaffung von Rohmaterialien das Merkmal wirtschaftlicher Selbstständigkeit sei. Eine derartige Behauptung ist kühn und unrichtig zugleich.

Wie steht es übrigens mit der Rohstoffbeschaffung dieser Heimarbeiter? (in der Spielwarenindustrie nennt man sie Teilarbeiter). Ist dieser Teilarbeiter tatsächlich selbstständig? In der Regel ist der Produktionsvorgang so, daß der Arbeiter vom Auftraggeber ein Teilfabrikat im rohen oder unfertigen Zustand zur weiteren Veredelung erhält. (In der Thüringer Spielwarenindustrie kann hierbei auf Kopfmaler, Friseur, Augenmacher, Drucker und andere hingewiesen werden.) Um dieses erhaltene Teilfabrikat weiter veredeln zu können, muß der Heimarbeiter die verschiedensten Rohmaterialien selbst beschaffen. Diese Rohstoffe könnten ebensogut vom Auftraggeber, vielleicht sogar billiger und vorteilhafter, eingekauft und dann an den Teilarbeiter abgegeben werden. Der Auftraggeber unterzieht sich dieser Mühe vorzichtigerweise nicht, denn dann wäre der Teilarbeiter ja ein ausgesprochener Heimarbeiter und der Auftraggeber hätte sämtliche Soziallasten zu tragen. Das will der Auftraggeber aber nicht, und nur deshalb wird die Beschaffung des zur Veredelung eines vom Auftraggeber an den Heimarbeiter gegebenen Artikels notwendigen Rohstoffes dem Heimarbeiter dieser Art überlassen. Die geübte Praxis ist also nur ein Aushängeschild des Unternehmers zur Umgehung seiner sozialen Pflichten.

Nun könnte man meinen, daß der Heimarbeiter — Teilarbeiter — durch den selbständigen Einkauf von Rohmaterialien sich Vorteile bei der Berechnung herausziehen könnte, indem er den Verbrauch von Rohstoffen höher ansieht, als er in Wirklichkeit ist. Das geht aber nicht. Der erfahrene Auftraggeber kennt ganz genau den Bedarf, und der Neuanfänger erfährt sehr bald, wieviel für Rohmaterial pro Duzend angelegt werden muß. Ein Vorteil kommt also nicht in Frage, bestimmt aber ein Nachteil, denn der Heimarbeiter schießt ja dem Auftraggeber ein vorans Geld zur Beschaffung von Rohstoffen vor. Das „Mehr“, das der Teilarbeiter am Lohnzahlungstage dem wirklichen Heimarbeiter gegenüber an Lohn erhält, ist weiter nichts als das dem Unternehmer vorgehoffene Geld für die an seiner Stelle eingekauften Rohmaterialien. Die wirkliche Bezahlung der Arbeit kommt nach Abzug dieses vorgehoffenen Betrages auf das gleiche heraus wie beim Heimarbeiter der zuerst genannten Art. Als weiterer Nachteil kommt hinzu, daß der Heimarbeiter, den wir Teilarbeiter genannt haben, alle Soziallasten, die von Rechts wegen vom Auftraggeber zu tragen sein würden, von ihm selbst aufgebracht werden müssen. Dafür ist ihm der Stempel scheinbarer Selbstständigkeit aufgedrückt.

Auf Grund dieser Tatsache ist der Schluß zwingend, daß der Teilarbeiter, sobald er keine fremde Personen beschäftigt und seinen Betrieb nur mit Familienangehörigen aufrechterhält, zum ausgesprochenen Heimarbeiter zu zählen ist, denn es ist nicht sein Wille, daß er sich selbst Teile der benötigten Rohstoffe beschafft. Er nimmt diesen Einkauf unter dem Zwange des Auftraggebers vor. Dazu kommt, der Teilarbeiter kann keine Veredelung an einem Produkt vornehmen, wenn er dasselbe nicht vom Unternehmer erhält, und er muß dieses erhaltene Rohprodukt ja wieder an den Auftraggeber zurückgeben, nachdem er die Veredelung vorgenommen hat. Diese Veredelung wird aber auf genaue Anweisungen des Unternehmers ausgeführt. Wohl steht das Hausarbeitergesetz in seiner Fassung vom 30. Juni 1923 vor, wie auch der § 119b G.O., daß diejenigen Hausarbeiter, die ohne fremde Hilfskräfte, also nur mit Familienangehörigen, in ihrer Wohnung Arbeit verrichten, als Heimarbeiter zu betrachten und zu behandeln sind. Aber wie bei so manchem in der Gesetzgebung spottet die Praxis auch hier der Rechtswissenschaft. Wie könnte es sonst möglich sein, daß man die in Frage stehenden Hausarbeiter zur Gewerbesteuer, Umsatzsteuer und zu sonstigen für selbstständige Gewerbetreibende geltenden Steuerarten heranzieht. Und gerade beim Punkt „Steuer“ wäre es höchste Zeit, daß einmal von der gesetzgebenden Körperschaft Klarheit geschaffen würde. Die Beitreibung von Steuern bei Hausarbeitern, die nur für Gewerbetriebe vorgesehen sind, ist

wegen der ungeklärten Heimarbeiterfrage in diesen Fällen als ein Unfug zu betrachten. Der Hausarbeiter ohne fremde Arbeitskräfte kann in bezug auf Steuer nicht anders behandelt werden als der ausgesprochene Heimarbeiter, denn er ist ja in Wirklichkeit nichts anderes als Heimarbeiter, der von einem Auftraggeber oder auch mehreren abhängig ist.

Es gibt z. B. in der Thüringer Spielwaren-Industrie eine Gruppe von Berufen, die sich auch Hausarbeiter nennen. Diese beschäftigen in der Regel 1—5 Arbeiter, die außerhalb ihres Familienkreises stehen. Für sie dürften die gewerblichen Steuerarten angebracht sein und werden dort nach unserer Ansicht auch zu Recht erhoben.

Was wir Heimarbeiter nennen, sind zwei Typen, diejenigen, die ihre Rohstoffe oder Halbfabrikate zur weiteren Veredelung vom Arbeitgeber bekommen und sie gegen vereinbarten Lohn wieder zurückgeben, und diejenigen, die mit selbstbeschafften Rohstoffen im Auftrage eines oder mehrerer Unternehmer ein von dem betreffenden Unternehmer beschafftes Teilfabrikat weiterveredeln oder an einem von diesen Unternehmungen bestimmten Produktionsmittel Veredelungsarbeit verrichten. Diese beiden Typen von Heimarbeitern finden wir in der Thüringer Spielwaren-Industrie in reichlichem Maße. Und gerade deshalb, weil sie reichlich vertreten sind, versucht der Unternehmer, bis jetzt mit Erfolg, diese Soziallasten von sich abzuwälzen, daher auch das Schlagwort: „Der Teilarbeiter ist Gewerbetreibender.“ So viel über die begriffliche Auseinandersetzung der beiden Heimarbeiter-typen.

Aber die soziale Lage der Heimarbeitergruppen ist zusammenschauend und von verschiedenen Erhellungsstandorten aus schon vieles geschrieben worden. Die wahren Kenner des Heimarbeiterlebens nennen das Kind beim Namen. Sie stellen und stellen die grauenhaften Familienverhältnisse, Wohnungsverhältnisse und Gesundheitszustände in ihrer Realität dar, andere wieder, so der Professor Dr. Paul Brandt in Frankfurt a. M., mit dem wir uns in einem späteren Artikel auseinandersetzen werden, sieht in der Heimarbeit den Retter aus der Not für viele Heimarbeiter.

Daß die Heimarbeiterverhältnisse heute nicht mehr die allgemeinen und für die deutsche Nation beschämenden Glendebilder aufweisen, wie sie von Dr. Emanuel Sachs 1888 aufgezählt wurden und später auch von den ersten Heimarbeiterausstellungen, darüber besteht heute kein Streit mehr. Wäre es heute noch wie damals, dann wäre eine vierzigjährige Sozialreform umsonst gewesen. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Heimarbeiter von heute auf Rosen gebettet sind. Aber die heutige Not kommt aus anderen Gründen, als es bei der Betrachtungsweise der Sozialpolitiker des 19. Jahrhunderts der Fall war. Die gesellschaftlichen Mächte, wozu auch die Heimarbeiter gehören, leiden gegenwärtig an der verfahrenen Staatspolitik unter der Regierung Wilhelms II. und ihren Folgeerscheinungen. Diese Folgeerscheinungen hemmen heute Wirtschaft und Gesellschaft, und es ist nicht abzusehen, wann ein erträgliches Gleichgewicht wiederherzustellen ist.

In der Zeit Emanuel Sachs' war es schrankenlose Ausbeutung der Heimarbeiter durch das Unternehmertum, wobei der Staat diese Ausbeutung nicht nur duldete, sondern sogar stützte. Ich erwarte, daß beim Einschreiten der Truppen mindestens 500 Leute zur Strecke gebracht werden. So ordnete Wilhelm II. beim Berliner Eisenbahnerstreik an. Sich etwa aufbäumenden Heimarbeitern würde es ganz gewiß nicht anders ergangen sein.

Seit 1918 ist es wesentlich anders geworden. Die Koalitionen sind seit jener Zeit tatsächlich frei geworden. Die Arbeitsrechtsgebung hat für die Heimarbeiter Reformen geschaffen, mit denen man heute dem Unternehmer gegenüber gestützt auf normales Recht operieren kann. Wohl gab es im kaiserlichen Deutschland nach § 152 G.O. auch eine Koalitionsfreiheit, aber diese Freiheit war „vogelfrei“. Wer davon Gebrauch machte, wurde bestraft. Der § 119b G.O., der für die Heimarbeiter im kaiserlichen Deutschland geschaffen war, konnte nur in seltenen Fällen in Anwendung gebracht werden. Wie ein bedrückender Alp stand auch hier der § 152 G.O. dahinter und unterband die Bewegungsfreiheit. Unter diesen Verhältnissen mußten logischerweise die Heimarbeiter degenerierende Erscheinungen zeigen.

Nach 1918 ging ein Aufatmen durch die Reihen der Heimarbeiter. Überall versuchten die verschiedensten Gruppen in Erkenntnis der Stärke des Organisationsgedankens ihre verzweifelte Lage zu bessern. Es ist mittels der Organisation gelungen, die Lebensweise und Lebenshaltung der Heimarbeiter etwas zu heben, vor allen Dingen aber neue Angriffe der Unternehmer auf die Arnten der Armen in den meisten Fällen abzuwehren, und die Erkenntnis kam den Heimarbeitern. Schritt um Schritt kämpften sie sich vorwärts. Das Menschliche in ihnen war erneut erwacht. Aus den ehemaligen durch grauenhafte Familienverhältnisse demoralisierten Heimarbeitern waren fordernde Arbeiter geworden. Da wirkten sich die Fehler der verfehlten wilhelminischen Staatspolitik aus. Eine Wirtschaftskrise von nie dagewesener Schwere und Länge brach über Deutschland herein. Schwere Kämpfe hatte die Arbeiterschaft zu führen. Das Ziel der Arbeitgeber war, die Gewerkschaften zu zerschlagen. Dieses Ziel ist nicht in Erfüllung gegangen. Zwar ist in jener Zeit ein großer Teil von Arbeitern in falscher gewerkschaftlicher Erkenntnis fahnenflüchtig geworden. Aber trotz alledem wurde der Bestand der Gewerkschaften in heldenmütigem Kampfe von der geblienen alten Garde gehalten.

Und die Heimarbeiter? Auch sie wurden in dieser Wirtschaftskrise auf eine harte Probe gestellt. Wieder in Gleichgültigkeit zurückzufallen oder in Erkenntnis der Sachlage zur Organisation halten, das waren für sie die beiden wichtigsten Fragen am Anfang jener Zeit. Nun, es kann heute gesagt werden, wenn auch ein Teil in die alte Gleichgültigkeit zurückverfiel, ein Stamm ist geblieben, der gewillt ist, in Erkenntnis der Sache der Heimarbeiterchaft weiter zu wirken, um die Mäde gewordenen wieder auf die Beine zu bringen. Aus der Leidensgeschichte der Heimarbeiter heraus, die Schreiber dieses zum Teil miterlebt hat, ist die Erkenntnis zum organisierten Gedanken gekommen. Dieser Gedanke in Verbindung mit unserer Erkenntnis stellt uns die Aufgabe, auch den letzten Heimarbeiter seiner Organisation zuzuführen. Wir wissen es, daß in der Dauer der Jahrzehnte die Heimarbeiter-



## ☉☉☉ Aus der Industrie ☉☉☉

### Chemische Industrie

#### Der erfolgreiche Konzern.

(Zur Entwicklung in der chemischen Industrie.)

Die Katastrophe der gewaltigen Riesenkonzerne von Stinnes, Stumm usw. schien den Gedanken selbst der Konzernbildung, d. h. der Zusammenfassung von gleichartigen oder einander ergänzenden Unternehmungen, gänzlich kompromittiert zu haben. Man sprach sogar eine Zeitlang von dem "Wahnsinn der Konzerne". Jetzt fängt es aber an, mit dem Konzerngedanken wieder lebendiger zu werden. Es gibt nämlich Konzerne und Konzerne. Die aufgeschwungenen Finanzkonzerne, die eigentlich zulezt nichts anderes waren als Zusammenballungen von Werken und Unternehmungen, die fast gar nichts miteinander zu tun hatten, konnten dem Sturme der Reinigungskrise nicht standhalten. Aber ganz anders steht es mit jenen Konzernen, deren Grundlage eine einzige Industrie ist und die bloß solche Betriebe anderer Industrien aufnehmen, die in einem unmittelbaren Zusammenhang damit stehen. Die chemische Industrie Deutschlands besitzt einen solchen Konzern in der Interessengemeinschaft Farben-Industrie, A.-G., die auf organischer Grundlage aufgebaut ist und eine gewaltige organisierte Anhäufung nicht nur von Kapital, sondern auch von Wissen und praktischer Erfahrung darstellt.

Die nachstehenden Ausführungen entnehmen wir zum größten Teil einem Anfang Juni 1926 von dem Bankhaus Schwarz, Goldschmidt u. Co. herausgegebenen, als Manuskript gedruckten Büchlein ("Die IG. Farben-Industrie, A.-G., und ihre Bedeutung"). Ein gewaltiges Bild entfaltet hier vor unseren Augen. Man hat hier mit einem Höhepunkt der kapitalistischen Entwicklung zu tun. Wir stehen hier vor dem Abschluß einer großen Entwicklung einerseits und vor einem neuen Anfang andererseits, der noch sehr vieles verspricht. Die Arbeiterklasse als Erbin der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hat das allergrößte Interesse, hierin einen Einblick zu bekommen.

Der Farbenkonzern, der erst im vorigen Jahr entstanden ist, hat zur eigentlichen Basis die drei alten großen Farb- und pharmazeutischen Werke — Badische Anilin- und Soda-Fabrik (Ludwigshafen a. Rh.), Farbenfabriken vorm. Fr. Bayer u. Co. (E Leverkusen b. Köln), Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning (Höchst). Vor dem Kriege waren Teerfarben- und pharmazeutische Produktion das Hauptfähigkeitsgebiet. Während und nach dem Kriege ist eine Verschiebung des Schwergewichts nach der Stickstoff-, Treibölgewinnung und Kohlenwasserstoffgewinnung eingetreten, und gerade diese Produktionszweige haben jetzt eine überragende Bedeutung erlangt. Der Konzern ist vollkommen beherrscht von einem großen Produktionsgedanken — die an sich schmale Rohstoffbasis Deutschlands zu verbreitern, indem unentbehrliche Rohstoffe auf künstlichem Wege, durch synthetische Verfahren, hergestellt werden, damit die Einfuhr überflüssig gemacht oder wenigstens verringert und später durch große Verbilligung in denselben Produkten sogar ein gewinnbringendes Ausfuhrgeschäft entwickelt wird. Das erste Beispiel dieser Art sind die künstlichen Teerfarben, welche die früher eingeführten Naturfarben ersetzen und den großen Aufschwung der Textilindustrie in der ganzen Welt herbeigeführt haben. Damit ist eigentlich der Weltkrus der Einzelbetriebe der IG. Farbenindustrie begründet worden. Die Deutsche Farbstoff-Exportindustrie, die vor dem Kriege die Weltmärkte vollständig beherrschte, hat nach dem Kriege mengenmäßig gewaltige Einbußen erlitten, was man daraus erkennen kann, daß an Kohlen-teerfarbstoffen insgesamt im Jahre 1913 108.681 Tonnen, im Jahre 1924 dagegen lediglich 27.637 Tonnen ausgeführt worden sind. Das hängt bekanntlich mit der Entwicklung der künstlichen Farbenerzeugung in den anderen Industrieländern Europas zusammen, namentlich in Frankreich und England, aber auch in den Vereinigten Staaten. Und doch kann man schon jetzt behaupten, daß die deutsche Farbenindustrie einen beträchtlichen Teil des Weltmarktes wiedererobern wird. In den Vereinigten Staaten und in der Schweiz glaubt man in den Massensfarbstoffen, wie Schwefelfarben, Indigo usw., am Weltmarkt gegen Deutschland konkurrenzfähig zu sein, während in den Nuancefarbstoffen, wie allgemein zugegeben, der deutsche Konzern weiter dominierend bleiben wird. Auch in England ist der Versuch, eine eigene Farbstoffindustrie zu schaffen, nur als halbgelungen zu betrachten, und man neigt dort neuerdings zu einem Zusammenarbeiten des englischen Farbstoffkonzerns (British Dyestuffs Corporation) mit der IG. In Amerika hat der deutsche Farbenkonzern eine Anzahl von Filialfabriken errichtet, denen der hohe amerikanische Zollschuß zugute kommt und die einen großen Vorsprung vor den rein amerikanischen Werken schon dadurch haben, weil ihnen die 50jährigen Erfahrungen der vereinigten deutschen Farbwerke zur Verfügung stehen. Dadurch wird natürlich ein solcher Druck auf die im Kriege entstandenen amerikanischen Fabriken ausgeübt werden, daß auch in Exportgeschäften nach Indien, China und Japan, diesen Hauptabsatzgebieten der Farbstoffindustrie, aller Wahrscheinlichkeit nach eine internationale Preisregelung zustande kommen wird, die letzten Endes der IG. am meisten nützlich sein wird, weil sie auf diese Weise entweder die verlorenen Absatzmärkte wiedergewinnen oder durch erhöhte Preise den Absatz an Absatz weitmachen kann. In den der IG. nachstehenden Kreisen erwartet man also nichts mehr und nichts weniger als die Schaffung eines internationalen Farbstoffkartells zwecks Regulierung der Preise und Verteilung der Absatzgebiete. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß die Auslandspreise der IG. heute, wie man auf der letzten, unlängst abgehaltenen Generalversammlung zu hören bekommen hat, zum Teil bis

zu 80 Prozent unter den Inlandspreisen liegen. Es scheint, daß nunmehr diese Preise im Zusammenhange mit der Bildung des internationalen Preiskartells erhöht werden sollen, so daß der Gewinn, trotz vermindertem Absatz, bald der Vorkriegshöhe kaum nachstehen werde.

Für die IG. spielt aber die Farbenerzeugung heute keine so entscheidende Rolle wie vor dem Kriege, weil inzwischen andere Betriebszweige sie weit überholt haben. Es handelt sich hier vor allem um die Gewinnung des Stickstoffes aus der Luft, das sogenannte Haber-Bosch-Verfahren. Das ist eine jener gewaltigen Entdeckungen, die das Gesamtbild der Wirtschaft gänzlich verändern. Der Stickstoff nämlich, der zu den unentbehrlichsten Bestandteilen der Düngung gehört, wurde vor dem Kriege fast nur in Form von Chilealpeter dem Boden zugeführt. Im Jahre 1913 hat Deutschland noch 800.000 Tonnen Chilealpeter eingeführt, während die gegenwärtige Einfuhr auf wenige tausend Tonnen zusammengedrumpft ist. Der Stickstoffbedarf der Welt steigt andauernd. Für 1930 wird er von Professor A. W. White auf 2,5 Millionen Tonnen geschätzt. Die Weltproduktion hat aber 1924/25 bloß 1,1 Millionen Tonnen betragen. Davon entfällt ungefähr die Hälfte auf das synthetische Verfahren. Es handelt sich dabei um eine gänzliche Revolutionierung der Landwirtschaft. Es kommt nicht nur auf die Intensivierung der deutschen und überhaupt der europäischen Landwirtschaft an, sondern auch auf die Eroberung der Weltmärkte und Erschließung von Absatzgebieten, die im höchsten Maße düngungshungrig sind. In China, Japan, Indien können die Hunderte von Millionen Menschen ohne künstliche Düngung des Bodens auf die Dauer nicht ernährt werden. Da für diese kolossalen Menschenmassen die Auswanderung fast vollkommen ausgeschlossen ist — angesichts der exklusiven Haltung der angelsächsischen Welt, die allein über große, für die Auswanderung in Betracht kommende Bodenflächen verfügt —, stehen diese Massen, die mehr als die Hälfte des Menschengeschlechts ausmachen, vor dem Dilemma: Aussterben oder weitere Intensivierung der Landwirtschaft, also Anreicherung des Bodens. Für die letztere kommt aber in erster Linie der billige, aus der Luft gewonnene Stickstoff in Betracht. Wie wir sehen, eröffnet sich hier vor der IG. ein neues Absatzgebiet von ungeheuren Ausmaßen.

Von den anderen neuen Produktionszweigen der IG. wollen wir nur noch auf zwei hinweisen: Verflüssigung der Kohle und Kunstseide. Auf dem Gebiete der Gewinnung von Treiböl aus der Kohle wendet die IG. dieselbe Methode an wie seinerzeit bei der künstlichen Stickstoffgewinnung. Der amerikanische "Drug Reporter" schreibt hierüber: "Wieder einmal setzt die chemische Synthese der Produktion eines viel gebrauchten 'natürlichen' Stoffes ein Ende und wird eine lange bestehende Industrie durch ihre Billigkeit und unbegrenzte Leistungsfähigkeit von Grund aus revolutioniert. Den natürlichen Methylalkohol wird daselbe Schicksal treffen wie vor ihm den natürlichen Indigo, Karbolsäure usw."

Es sollen nach dem neuen Verfahren durch Anlagerung von Wasserstoff an Kohle unter Druck aus je einer Tonne trockener Kohle plus vier Gewichtsteilen Wasserstoff erzielt werden: 455 Kilogramm Öl, 210 Kilogramm Gas, 25 Kilogramm Wasser, 5 Kilogramm Ammoniak und 350 Kilogramm Rückstand, der 80 Kilogramm Öl, 25 Kilogramm Gas, 240 Kilogramm Koks ergibt. Man muß dabei im Auge behalten, daß eine Tonne Öl 3 Tonnen Kohle ersetzt; hier werden aber, abgesehen von allen Nebenprodukten, aus 1 Tonne Kohle etwa 1/2 Tonne Öl = 1 1/2 Tonnen Kohle erzielt. Es nimmt daher nicht wunder, daß man in England, wo das Kohlenproblem so brennend ist, diese Entwicklung mit der allergrößten Aufmerksamkeit verfolgt. Deutschland wird bei der Entwicklung dieses Verfahrens nach und nach gänzlich von der Einfuhr der ausländischen Treiböle frei werden. Aber auch hier muß man dieselbe Tendenz feststellen wie bei der künstlichen Farbenerzeugung: Die Beherrschung des deutschen Innenmarktes wird zum Ausgangspunkte genommen, um internationale Abmachungen mit den größten ausländischen Trusts abzuschließen. Die IG. hat nämlich vor kurzer Zeit mit den beiden größten Ölkonzernen der Welt, der Standard Oil und dem Shellkonzern, ein Abkommen zur gemeinsamen Durchführung der Ölgewinnung aus Kohle abgeschlossen.

Die Bedeutung der Kunstseide ergibt sich aus der Steigerung der Weltproduktion von 7500 Tonnen (1909) auf 83.000 Tonnen (1925), gegenüber einer jährlichen Weltproduktion der natürlichen Seide von etwa 40.000 Tonnen. Deutschland allein hat von 1923 bis 1925 seine Kunstseideproduktion mehr als verdoppelt; daselbe gilt von Italien, während die Vereinigten Staaten und England ihre Produktion um etwa 75 Prozent vermehrten. Hier hat die IG. wiederum mit den größten Konzernen, die 70 bis 80 Prozent der Weltproduktion kontrollieren, gewisse Abkommen geschlossen, die ihr einen Absatz von chemischen Produkten an befreundete ausländische Konzerne ermöglichen. Außerdem ist die IG. selbst in Deutschland in die Kunstseidenindustrie eingedrungen, indem sie die Azetat-Gesellschaft m. b. H. zwecks Herstellung von Azetatseide, dieser besten Kunstseide, die auch zu technischen Zwecken außerordentlich viel gebraucht wird, gegründet hat.

Es wäre unmöglich, im Rahmen dieses kurzen Artikels die ganze Bedeutung der IG.-Farbenindustrie klarzulegen. Der Konzern umfaßt gegenwärtig etwa 75 Betriebe, die alle von demselben Produktionsgedanken beherrscht sind. Aber schon aus unserer kurzen Darlegung erhellt zur Genüge, welche kolossale Bedeutung für Deutschland und für die ganze Weltwirtschaft der neue Farbenkonzern hat. Hier haben wir es zweifellos mit einem Wunder nicht bloß der Technik, sondern auch des Organisationsgenies zu tun. Es ist ein gewaltiges Instrument des technischen Fortschrittes, eine Akkumulation

von praktischen Erfahrungen und theoretischer Erkenntnis vieler Jahrzehnte. Die deutsche chemische Industrie und insbesondere das synthetische Verfahren zwecks Erzeugung gewisser Rohstoffe ist das Ergebnis gemeinsamer Arbeit vieler Generationen deutscher Techniker und Arbeiter. Das sind die eigentlichen Schöpfer dieses gewaltigen Werkes. Deshalb sollte auch die ganze Nation an den Früchten dieser Arbeit unmittelbar teilnehmen können. G. B.

#### Kalipreiserhöhung?

In ungewöhnlich hohem Maße wird seit einigen Wochen in der Presse die Frage einer Kalipreiserhöhung diskutiert. Dabei tauchen die widersprechendsten Gerüchte auf. Einige Zeitungen wollen wissen, daß mit einer Preiserhöhung von 20 Prozent gerechnet werden könne. Die "Deutsche Bergwerks-Zeitung" schrieb nach ganz genauen Informationen dazu, daß Verhandlungen darüber noch gar nicht stattgefunden hätten, und noch weniger eine Erhöhung der Preise um 20 Prozent in Frage käme. Dagegen soll in der Kaliindustrie der Wunsch bestehen, eine Änderung bei den Inlandspreisen infolgedessen vorzunehmen, daß die Rohsalzpreise um etwa 5 Prozent erhöht werden, um den Landwirten einen Anreiz zum Kauf der 40prozentigen Düngesalze zu geben, deren Preise unverändert bleiben sollen. In der Nr. 160 vom 11. 7. 1926 erzählt die "D. B.-Z." ihren Lesern, daß Kaliindustrie wohl die einzige Industrie sei, deren Preise auf Vorkriegsparität liegen usw. (Nebenbei gesagt erfolgt dieses Eingeständnis das erstemal. Vorher hieß es immer, daß die Kalipreise 10 Prozent unter den Friedenspreisen liegen.) Die im April 1925 erfolgte Preiserhöhung von 5 Prozent sei lediglich erfolgt, um der bedrängten deutschen Landwirtschaft durch Erweährung von Rabatten den Bezug von Kalisalzen zu erleichtern. Die Preiserhöhung selbst ist der Industrie nicht zugute gekommen. (?) Nach einer Besprechung des Ergebnisses der Rationalisierung kommt man zu dem Schluß, daß eine nicht unerhebliche Preiserhöhung im Inlande erforderlich ist. Einem Bericht über eine Pressebesprechung, die das Kalisyndikat über die Lage der deutschen Kaliindustrie abgehalten hat, entnehmen wir noch, daß von allen Vertretern der Kaliindustrie einheitlich erklärt wurde, daß die Lage der Kaliindustrie außerordentlich ernst und die Industrie ohne eine Erhöhung der Inlandspreise nicht mehr zu halten sei.

Bei dieser Gelegenheit erinnern wir uns des englischen Emissionsprospektes, welchen das Deutsche Kalisyndikat gelegentlich der Kallianleihen herausgegeben hat. In diesem wurde hauptsächlich auf die äußerst günstigen Geschäftsergebnisse des Jahres 1925 hingewiesen. Danach betrug der Reingewinn angeblich 50 Millionen Goldmark und der Wert der dem Kalisyndikat angeschlossenen Werke wurde mit 500 Millionen Goldmark angegeben. Demgegenüber dürfte die jetzige Erklärung des Kalisyndikates geradezu niederschmetternd wirken. Jeder Kaliarbeiter mit gewöhnlichem Menschenverstand fragt sich, wie ist denn so etwas nur möglich? Die Millionen können doch in dem kurzen Zeitraum nicht alle zum Teufel gegangen sein. Bisse Zungen dagegen behaupten, daß man der jetzigen Erklärung des Kalisyndikats kein allzu großes Gewicht beimessen dürfe, weil die dort maßgebenden Leute bei jeder Gelegenheit den Mund recht weit aufmachen.

Ob es richtig ist, wissen wir nicht. Die Kaliindustriellen erklären die augenblickliche katastrophale Lage damit, daß die Voraussetzungen, welche die Kaliindustrie in bezug auf den Absatz und die Auswirkungen der Rationalisierung hegte, leider nicht eingetroffen sind. Man hat sich also wieder einmal geirrt. Derartige Irrtümer sind aber in der Nachkriegszeit schon so oft vorgekommen, daß dieser Zustand anscheinend chronisch geworden ist und man auf Besserung bzw. Heilung nicht rechnen kann. Viel eher kann man zu der Auffassung neigen, daß, wenn trotz erfolgter Rationalisierung eine Preiserhöhung unbedingt notwendig ist, in der Wirtschaftsführung alles nicht so stimmt, wie es unbedingt sein müßte. Die Rationalisierung der Kaliindustrie ist der deutschen Volkswirtschaft bisher recht teuer zu stehen gekommen. Die Erwartungen der Öffentlichkeit gingen jedoch dahin, daß nach Auswirkung der Rationalisierung die gesamte deutsche Volkswirtschaft durch billigere Preise davon profitieren würde. Alles rechnet mit Preisermäßigung, und da kommt wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Nachricht von einer Erhöhung der Kalipreise. Wir würden uns gar nicht wundern, wenn Herr Rosterg in diesem Zusammenhang auch eine Verlängerung der Arbeitszeit und einen Abbau der Löhne vorschlagen würde. Das ist nämlich das Rostergsche Rezept, wonach eine Gesundung der Wirtschaft herbeigeführt werden soll.

Was soll denn mit dieser Preiserhöhung nun eigentlich bezweckt werden? Glaubt man durch diese Maßnahme etwa eine Steigerung des Absatzes herbeizuführen? Denkt man vielleicht auch an eine Steigerung des Auslandsabzuges? Den Amerikanern wird man bei ihrer Einstellung zur deutschen Kaliindustrie nicht mehr Kali aufdrängen können, als sie unbedingt notwendig brauchen. Der größte Abnehmer war bisher die deutsche Landwirtschaft. Dieser muß es ermöglicht werden, noch größere Mengen Kali zu beziehen. Rosterg jagte einmal, daß es dem kleinsten Landwirt auf der entlegensten Scholle ermöglicht werden müsse, Kalisalze noch mit Nutzen anzuwenden. Dieses wird aber nicht erreicht durch eine Preiserhöhung. Die Folge davon wird ohne weiteres sein, daß noch weniger Salze verkauft werden, weitere Werke stillgelegt werden müssen und das Heer der Arbeitslosen dadurch wiederum vergrößert wird. Jeder Händler und kleine Krämer, der seine Warenbestände zu normalen Preisen nicht los werden kann, macht Ausverkauf; d. h. er ermäßigt seine Preise. Die Kaliindustriellen wollen daselbe Ziel durch Preiserhöhung erreichen. Das ist, offen gesagt, eine recht sonderbare Auffassung.

Wir geben ohne weiteres zu, daß die Kaliindustrie von der allgemeinen Wirtschaftskrise nicht verschont geblieben ist. Wohin soll es jedoch führen, wenn die Gesamtindustrie sich dem Vorgehen der Kaliindustrie anschließen würde, um durch

Preiserhöhungen über die augenblickliche Kalamität hinwegzukommen? Machen sich denn die sogenannten Führer der Wirtschaft gar keine Gedanken darüber, wenn das Heer der Arbeitslosen täglich größer wird und die Verelendung der Masse in immer stärkerem Maße zunimmt? Hat denn noch keiner dieser Wirtschaftsführer darüber nachgedacht, wohin es führen muß, wenn junge Leute aus der Schule entlassen werden und es ihnen jahrelang nicht möglich ist, irgendwelche Arbeitsgelegenheit zu finden? Die Wirkungen dieser Wirtschaftspolitik können und werden nicht ausbleiben. Es dürfte sich jedoch erübrigen, näher auf dieses Problem einzugehen, weil wir mit unferen Ausführungen schwerlich Verständnis auf der Gegenseite finden werden.

Wenn jedoch die Kaliindustrie wieder florieren soll, müßte eine Herabsetzung der Preise erfolgen. Verbunden damit wäre in erster Linie eine größere Beschäftigungsmöglichkeit für die Arbeiter. Würde in den übrigen Industrien ähnlich verfahren, dürfte sich das Heer der Arbeitslosen bald vermindern und die gesamte deutsche Volkswirtschaft würde allmählich wieder normalen Verhältnissen zugeführt.

Aber die Preiserhöhung wird noch manches Wort zu reden sein, nicht nur die Arbeitnehmervertreter im Reichsrat, sondern auch die Vertreter der Landwirtschaft werden hierbei etwas zu sagen haben.

**Papier-Industrie**

**Nur die Arbeit kann uns retten.**

Als im Dezember 1923 die Arbeitszeitverordnung erlassen wurde, die dem Unternehmertum die Möglichkeit gab, eine Verlängerung der Arbeitszeit durch Vereinbarung mit den Gewerkschaften oder durch Zwangsschiedsprüche der Schlichtungsbehörden herbeizuführen, da waren es auch die Unternehmer der Papiererzeugungs-Industrie, die immer wieder erklärten, daß nur eine Erhöhung der Produktion die deutsche Papiererzeugungs-Industrie vor dem Verfall retten könne.

Trotzdem nur 10 Prozent der deutschen Papiererzeugungs-Arbeiter durch das Sondertarifamt für die Papiererzeugungs-Industrie verurteilt wurden, im Zwei-Schichtensystem zu arbeiten, so daß im allgemeinen das Drei-Schichtensystem in der Papiererzeugungs-Industrie noch gang und gäbe ist, konnte die Produktion auch beim Drei-Schichtensystem ganz gewaltig erhöht werden. In seinem Vortrag über Kartellpolitik in der Papier-Industrie im Januar d. J. mußte Dr. Clements bereits feststellen, daß die gesamte Erzeugung an Papier im Jahre 1925 1,7 Millionen Tonnen gegen 1,6 Millionen Tonnen im Jahre 1912 betrug, trotzdem ca. 20 Betriebe durch die Abtrennung von Elbsch-Losbrüngen, Polnisch-Oberschlesien, Danzig und Memel der deutschen Produktion verloren gingen und im Jahre 1925 in der Jahresproduktion ausfielen.

Mitte Juni d. J. tagte der Verein deutscher Papierfabrikanten mit seiner Jahresversammlung in Düsseldorf. In seinem Geschäftsbericht hob der Geschäftsführer des Vereins, Herr von Wuffow, hervor:

Für das Jahr 1925 weist die Statistik des Vereins die größte bisherige Erzeugung auf, im Jahre 1926 ist ein monatlicher Rückgang der Erzeugung um 10 v. H. hinter der Erzeugung von 1913 und um 15 v. H. hinter der Erzeugung des Jahres 1925 zu verzeichnen. Aber die Erzeugung ist immer noch höher als in den Jahren 1923 und 1924. Die ersten vier Monate des Jahres 1926 brachten eine tägliche Papiererzeugung von etwa 5000 Tonnen.

Woh auch hier ist mit aller Deutlichkeit gesagt, daß bei voller Ausnutzung der Betriebe trotz Beibehaltung des Drei-Schichtensystems und der achtstündigen Arbeitszeit die Friedensproduktion weiter überschritten werden konnte. Für diese Tatsache sprechen auch die Geschäftsberichte der einzelnen Aktiengesellschaften.

So schreibt die Elenthal Holzstoff- und Papierfabrik, A.G., zu Grafenau i. B., in ihrem Geschäftsbericht für 1924/25 folgendes:

Die Papierproduktion hat sich im Berichtsjahre gegenüber dem Vorjahre um 25 Prozent erhöht. In der Holzschleiferei konnte gleichfalls eine Mehrproduktion erreicht werden, trotzdem die Wasserverhältnisse zeitweise sehr ungünstig waren.

In der Generalversammlung der München-Dachauer Papierfabrik, A.G., am 17. Mai 1924 erklärte der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Kommerzienrat Bullinger, daß in der Erzeugungverbesserung und Erzeugungsermehrung ungewöhnliches geleistet wurde.

Im Geschäftsbericht derselben Gesellschaft für das Jahr 1925 heißt es, daß im August 1925 sogar die Rekordziffer des Papierverbands seit Bestehen der Gesellschaft erreicht wurde. Weiterhin hebt derselbe Geschäftsbericht hervor: Die Wirtschaftlichkeit unserer modernsten und in ihrer Produktionsfähigkeit gesteigerten Betriebe hängt von dem Grade der Beschäftigung ab.

Im Geschäftsbericht der dem Hartmann-Konzern angehörenden Astron-Gesellschaft und Papierfabrik, A.G., für das Jahr 1925, heißt es: Die Produktion ist erheblich gesteigert, der dadurch ermöglichten intensiven Ausnutzung der Betriebe sowie verbesserter Arbeitsmöglichkeiten ist das günstigere Ergebnis zu danken.

Der Geschäftsbericht der Feldmühle, Papier- und Zellstoff-F. G., in Steffin, für das Jahr 1923/24 hebt hervor, daß im Oderwälder Werk der hergeforderte Zellstoff insofern der stark gesteigerten Produktion nicht mehr ausreichte. Die Spiritusfabrik wurde auf eine doppelte Erzeugung gebracht. Der Reuanbau der Anlage ließ erwarten, daß sich der Betrieb mit jeder, auch amerikanischen Anlage gleicher Art messen könne.

Dieselbe Gesellschaft hebt in ihrem Jahresbericht für 1925 hervor, daß die Produktion gegenüber dem Vorjahre um 70 Prozent gesteigert werden konnte.

Der Geschäftsbericht der Amendorfer Papierfabrik, A.G., für 1925 erklärt, daß eine Steigerung der Produktion sogar über die Höhe der Friedenszeit erreicht wurde.

Auch der Geschäftsbericht der Koblenzer Papierfabrik für 1925 erklärt, daß die Produktion in Quali-

tät und Menge gehoben und ein großer Teil zu erträglichen Preisen abgesetzt werden konnte.

Die Freiburger Papierfabrik zu Weichenborn erklärt in ihrem Geschäftsbericht für 1925, daß der Vorkriegsumsatz auf mehr als das Dreifache gestiegen sei.

Aus dem Geschäftsbericht des Waldhof-Konzerns für das Jahr 1923 fällt besonders folgender Satz auf: Unter Berücksichtigung der übrigen uns nahestehenden Zellulosefabriken haben wir auch in der Höhe der Produktion unsere alte Stelle auf dem deutschen und ausländischen Zellstoffmarkt wieder erreichen können.

Dieselbe Gesellschaft berichtet für 1925: Wenn wir die Erzeugung der Werke unseres Konzerns auch gegenüber 1924 wieder steigern und auch Absatz für die erhöhte Produktion finden konnten, so war dieses nur dadurch möglich, daß wir uns im verstärkten Maße dem Export zuwandten, der mit Erfolg wesentlich erhöht werden konnte.

Aber die Aussichten der Roholnt-A.G., zu der die beiden Königsberger Zellstoffabriken und die Papierfabrik Hillegassen gehört, bringt die "Papierzeitung" Nr. 48, 1926 nach englischen Blättern Auszüge aus einer Rede, die der Präsident der Gesellschaft, Herr Harrison, in London gehalten hat. Nach diesem Bericht erklärt Herr Harrison: Herr Snelling ist Generaldirektor der Roholntwerke geworden. Ihm stehen tüchtige deutsche Techniker zur Seite, die ihr Fach gründlich beherrschen. Verbesserungen und Änderungen der Anlage sind im Werke, die, ohne viel zu kosten, die Erzeugung wesentlich erhöhen und damit auch den Gewinn steigern werden.

Ähnliche Äußerungen ergeben sich auch aus den Geschäftsberichten anderer Aktiengesellschaften. Es ist deshalb wirklich nicht zu begreifen, warum ein Teil der deutschen Papiererzeugungs-Industriellen immer noch krampfhaft am Zwei-Schichtensystem und der verlängerten täglichen Arbeitszeit festhält und dadurch einen Teil der deutschen Papiererzeugungs-Arbeiterschaft zwingt, eine übermäßig lange Arbeitszeit bis zu 84 Stunden pro Woche zu leisten.

Die Tatsache, daß trotz wesentlicher Erhöhung der Friedensproduktion, daß trotz erheblicher Produktionssteigerungen in den einzelnen Werken die deutsche Papiererzeugungs-Industrie trotz alledem bereits Ende 1925 und noch in verstärktem Maße in den hinter uns liegenden Monaten des Jahres 1926 zu Betriebs einschränkungen und Betriebsstilllegungen schreiten mußte, zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Erhöhung der Arbeitszeit zu allem anderen eher geeignet ist, als dazu, die Wirtschaftskrise, in der sich z. Zt. die deutsche Gesamt-Wirtschaft befindet, zu überwinden.

Langsam scheint auch bei den deutschen Papiererzeugungs-Industriellen die Einsicht Platz zu greifen, daß weder die verlängerte Arbeitszeit, noch die Niedrighaltung der Löhne geeignete Mittel sind, der deutschen Wirtschaft wieder auf die Füße zu helfen. Dies geht ersichtlich aus dem bereits erwähnten Geschäftsbericht des Vereins Deutscher Papierfabrikanten hervor, wonach Herr von Wuffow in Düsseldorf ausführte:

In der Gesamtindustrie Deutschlands werden jetzt viel Güter erzeugt. Die Weltproduktion in 1925 war um 25 v. H. höher und der Verbrauch um 20 v. H. niedriger als im Jahre 1913. Dies ergibt eine Spanne von 45 v. H. Aber nicht durch Einschränkung, sondern durch Schaffung neuer Verbrauchskräfte sollte das Gleichgewicht wieder hergestellt werden, und zwar sowohl durch Stärkung des inneren Marktes als durch Hebung der Ausfuhr.

Wir stimmen dieser Auffassung des Herrn von Wuffow gern zu und hoffen, daß sie endlich Gemeingut aller Unternehmer der Papiererzeugungs-Industrie wird. Neue Verbrauchskräfte können geschaffen werden, wenn die deutsche Papiererzeugungs-Industrie endlich von der verlängerten Arbeitszeit Abstand nimmt, wenn an Stelle des Zwei-Schichtensystems in den in Frage kommenden Betrieben wieder im Drei-Schichtensystem gearbeitet wird. Dadurch ist es möglich, in diesen Betrieben die Arbeiterzahl um 20 bis 25 Prozent zu erhöhen und neue Verbrauchskräfte zu schaffen. Gehen die deutschen Papiererzeugungs-Industriellen gleichzeitig dazu über, eine etwas großzügigere Lohnpolitik zu betreiben als bisher, dann wird auch die Stärkung des inneren Marktes nicht ausbleiben, da die Papierarbeiter infolge der höheren Löhne in der Lage sind, ihren Haushaltsbedarf in erhöhtem Maße zu decken, wodurch wiederum für die Hersteller und Erzeuger der im Haushalt benötigten Waren und Gegenstände eine erhöhte Produktionsmöglichkeit geschaffen wird.

Die deutschen Papierarbeiter sind gern bereit, diese Wege zu gehen, und erwarten, daß endlich auch die deutschen Papiererzeugungs-Industriellen diese einer gesunden Wirtschaftsverantwortung Rechnung tragenden Gedanken verwirklichen.

G. Stähler.

**Die leistungsfähigste Anlage Europas.**

In dieser unter obiger Überschrift in Nr. 25 des "Proletariers" erschienenen Notiz, die sich anzugewandt hat dem Geschäftsbericht der Feldmühle, Papier- und Zellstoffwerke, A.G., zu Schölkau bei Steffin, über das Jahr 1925 beschränkt, schreibt ein Kollege aus der "Feldmühle" folgendes:

Der in der Nr. 25 des "Proletariers" erschienene Bericht über die "Feldmühle" gibt mir Veranlassung, einen weiteren Beitrag zu diesem Musterbetrieb zu liefern. In dem Artikel ist die Rede vom Leistungssteigern und zugleich sozial rückwärtsgerichtetem Betriebe. Damit ist die Auffassung der Arbeiter der "Feldmühle", die Klassenstolz und Proletarierbewußtsein besitzen, auf das treffendste gekennzeichnet worden.

Aber die Arbeitszeit folgendes: Das Maschinenpersonal muß sehr häufig bis zu 80 Stunden in der Woche schuften. Der § 7 des Gesamtarbeitsvertrages für die Papiererzeugungs-Industrie hat für die Arbeiter und Betriebsleitung der "Feldmühle" keine Geltung, trotzdem im Arbeitgeberverband der kaufmännische Direktor dieses Betriebes die erste Fliste spielt. Entsprechend den Bestimmungen des Gesamtarbeitsvertrages sollen Sonntage früh die Maschinen so frühzeitig eingeleitet werden, daß die Schichtzeit um 6 Uhr beendet und bis dahin die notwendigen Arbeiten zur Reinigung und Instandsetzung beendet sind. Lediglich Reparaturarbeiten, wie Schloßerarbeiten usw., sind natürlich an Sonntagen zulässig. Der Tarif will

also, daß auch der Papier-Prolet in den Genuß der Sonntagsruhe kommt.

Was schert sich die Direktion der "Feldmühle" um die tariflichen Bestimmungen! Was kümmert die Direktion der "Feldmühle" das religiöse Empfinden eines Teiles ihrer Arbeitnehmer, die Sonntags das Bedürfnis haben, in die Kirche zu gehen!

Wenn es gilt, für die Aktionäre der "Feldmühle" Profite zu schinden, dann lassen die Direktoren der "Feldmühle" den lieben Gott einen guten Mann sein und pfeifen nicht nur auf Tarife und religiöse Sittengesetze, sondern auch auf die gesetzlichen Bestimmungen der Sonntagsruhe.

Im Frühjahr d. J. wurde regelmäßig Sonntags bis vormittags 8 und 9 Uhr Papier erzeugt. Zur Zeit werden die Papiermaschinen um 6 Uhr früh abgestellt. Dann beginnen die Instandsetzungsarbeiten, die selten vor nachmittags 2 Uhr beendet sind. Das Maschinenpersonal der Nachtschicht hat demnach das Vergnügen, ununterbrochen 20 Stunden zu schuften. Da Montags früh wieder Papier erzeugt werden soll, so müssen dieselben Nachtschichtarbeiter Montags früh um 4 Uhr abermals bei der Arbeit sein. So wird in Wirklichkeit von der Direktion der "Feldmühle" das göttliche Gebot: "Du sollst den Sonn- und Feiertag heiligen!" eingehalten.

Unter solchen Verhältnissen ist es kein Wunder, daß der moderne Betrieb der "Feldmühle" mit neun Papiermaschinen, der längsten Arbeitszeit und ausgesprochenen Hungerlöhnen die kleineren Querschnitte abwürgt. Der volljährige Arbeiter erhält den fünfjährigen Stundenlohn von 57 Pfennig. Durch Akkordarbeit kann er allerdings mehr verdienen. Wenn niemals der Satz zu Recht bestand: "Akkordarbeit ist Mordarbeit", so gilt dieses für die "Feldmühle". Die Direktion der "Feldmühle" scheint nicht zu wissen, daß sie infolge der Hehlgad, die mit ihrer Arbeiterschaft auf Grund der Technik und des Akkordsystems bei langer Arbeitszeit und niedrigen Löhnen getrieben wird, ein Krankenhaus allein für ihre Arbeitnehmer braucht.

Was der wahnsinnig schnelle Lauf der Maschine und das Akkordsystem nicht erreichen, das fördert das Prämiensystem: die brutale Ausbeutung der Arbeiter. Auch in diesem Punkte ist der Gesamtarbeitsvertrag für die Direktion der "Feldmühle" ein Buch mit sieben Siegeln. Obwohl der § 12 des Gesamtarbeitsvertrages bestimmt, daß die Prämien einen festen Bestandteil des Lohnes bilden, der weder gekürzt noch in Abzug gebracht werden darf, und daß über die Verrechnung der Prämien der Arbeiterschaft und insbesondere der gesetzlichen Vertretung jederzeit Aufschluß und Einsicht zu gewährt ist, und obwohl der Paragraph weiter bestimmt, daß die Grundzüge der Prämienverrechnung und die Prämienhöhe selbst an geeigneter Stelle im Betriebe ausgehängt oder den Beteiligten schriftlich übergeben werden müssen, kennt kein Arbeiter die Grundlagen des Prämiensystems und dessen Verrechnung. Außer Herrn Direktor Benzinger und seinen Getreuen hat kein Mensch eine Ahnung, was die Arbeiter am Monatschluß an Prämien zu verlangen haben.

In letzter Zeit wurden erfreulicherweise in der "Feldmühle" Erwerbslose eingestellt. Bei der Aushebung der Arbeiter könnte die Sortieranlage einer Holzschleiferei nicht so erakt arbeiten, wie es durch die Antreiber und Aufpasser der "Feldmühle" geschieht. Wer eine etwas röllische Krawatte trug oder von früher her als "revolutionär" bekannt war — und revolutionär ist in diesem Betriebe nach Auffassung der Direktion jeder freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter —, der hatte bei der Einstellung mit dem Bureau-Gewaltigen, Herrn Kopplin, die größten Schwierigkeiten zu bemängeln.

Wie im wilhelminischen Zeitalter die Soldateska das Bedürfnis hatte, alljährlich das Heer ihrer Sträflinge an- und abzumustern, so hat auch die Direktion der "Feldmühle" das Bedürfnis, ähnliche Musterungen unter ihrer Arbeiterschaft abzuhalten. Eine solche Musterung fand im Frühjahr dieses Jahres statt. Dabei wurden die älteren Kollegen, die das Unglück hatten, während jahrelanger Beschäftigung mehrere Male krank zu sein, ausgemustert und entlassen. Es wurde keine Rücksicht auf jene Fälle genommen, in denen der Arbeiter noch in ärztlicher Behandlung stand. Die bekannte "Koffchen" der Direktion soll bei der Ausmusterung gleichfalls in Erscheinung getreten sein. Getreu dem Grundsatz: "Hier, Bruder, nimm den Besseltab!" handelt die Direktion der "Feldmühle" an jenen Arbeitern, die infolge der jahrelangen unerhörten Ausbeutung in dem modernen Betriebe nicht mehr recht mithinkönnen. So steht der Dank des Unternehmertums an seine alten Arbeiter aus. Mühen die alten ausgemergelten Arbeiter im Straßengraben oder sonstwo verreckten, während der Wirtschaftskrise stehen junge unverbrauchte Arbeitskräfte genug vor den Türen der Fabrik, und die Firma hat ja die Möglichkeit, sich die gesügigsten und geduldigsten Schafe aus der Herde Arbeiter herauszufuchen.

Dafür sorgen die Herrschaften der Direktion um so mehr für ihr Leibliches Wohlergehen. Damit sich die Herren Direktoren, Ingenieure, Betriebsleiter usw. — und an der Zahl der Antreiber ist in der "Feldmühle" wirklich kein Mangel — von dem vielen Ärger mit dem Arbeiterpack erholen können, hat man ein Kasino gebaut bzw. renoviert, das sich mit jedem Lughotel einer Großstadt messen kann. Was spielt es bei dem leistungsfähigsten Unternehmen Europas für eine Rolle, wenn Tischler, Maler, Sattler usw. monatelang mit der Einrichtung des Kasinos beschäftigt werden! Dafür wird ja in der "Feldmühle" verdient, und sogar sehr viel verdient — nicht für die Arbeiter, wohl aber für die Aktionäre, Direktoren und andere Aufsichtspersonen.

Ein Reitpferd, Kutschpferde, ein Auto und Motorboote setzen Herrn Direktor Benzinger in die Lage, sich nach der schweren Mühe und Last des Tages und nachdem die Erholung im Kasino eingetreten ist, sich auch noch etwas zu amüsieren.

So weit der Bericht des Arbeitskollegen. Wir empfehlen der Gewerbe-Inspektion dringend, sich diesen Musterbetrieb einmal etwas näher anzusehen. Die Staatsanwaltschaft könnte sich gleichfalls ein Verdienst um das Volkswohl erwerben, wenn sie in diesem Betriebe einmal nachsehen würde, inwieweit die Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung und des allgemeinverbindlichen Tarifvertrages eingehalten werden. Der Arbeiterschaft der "Feldmühle" aber können wir nur zurufen, daß jede Herde Schafe die Leibhammel besitzt, die sie auf Grund ihres Verhaltens verdient.

G. Stähler.

**Literarisches.**

"Kulturwille", Monatsblätter für Kultur der Arbeiterschaft. 24 Seiten. Einzelnummer 20 Pf. Jahresabonnement 2,40 Mk. Probenummern frei. Verlag: Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut, Leipzig, Braustraße 17.

Bericht der freigewerkschaftlichen Jugendzentrale des Ortsausschusses Berlin des ADGB. — Berichtsjahr 1925. Preis für Organisationen 60 Pfennig.

"Fachblatt der Maler", Heft 7, II. Jahrgang. Mit Kunstbrücken und unerreichter Feinheit der Darstellung und hohem Gebrauchscharakter. — Jährlich 12 Hefte. Pro Quartal 4,50 Mark. Auf Wunsch gibt der Verlag kostenfreie Probehefte ab.

"Kasche", eine Schulmoroche von Adolf Hoffmann, illustriert von Willi Stenert. Preis 50 Pf. Bei Abnahme von 50 Stück 25 Pf. das Exemplar. Verlag: Wolf Hoffmann, Berlin O 17, Koppernstraße 6.

"Laden links" ist das republikanische Witzblatt. Jede Nummer kostet 25 Pf. und ist zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postaufkäufer oder direkt vom Verlag J. S. W. Diez Nachfolger, Berlin SW 68.

Die illustrierte Reichsbanner-Zeitung kostet 20 Pf. und ist durch alle Reichsbannergruppen, durch jede Postanstalt und Buchhandlung zu beziehen.